

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



2. November 2002: Unter dem Motto „Tag der offenen Tür“ bundesweiter Aktionstag gegen Abschiebung, Abschiebehaft und Abschiebelager

S. 3

*Die Arbeitskraft
verbilligen –
das bringt keine
Beschäftigung*

S. 7

*Türkei – Wahlsieg
der AKP – kurdische
Demokratiebewegung
nicht im Parlament*

S. 12

*Kampagne gegen
Abschiebungen,
Abschiebehaft,
Abschiebelager*

S. 15

*SPD/PDS/ver.di
im Konflikt*

S. 20

*IMI stellt vor:
Die nationale Sicherheits-
strategie der USA*



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTEILIG

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- ☐ Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- ☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

SCHENGEN OST. Der Pressedienst „Heute im Parlament“ meldet: Deutschland und Polen wollen in den Grenzgebieten die Zusammenarbeit der Polizei- und Grenzschutzbehörden vertiefen. Ziel ist es, die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität sowie die Gefahrenabwehr zu verbessern. Die Bundesregierung hat dazu einen Gesetzesentwurf vorgelegt (15/11), der mit Zustimmung des Bundestages die Ratifizierung eines Abkommens mit Polen vom 18. Februar 2002 sicherstellen soll. Zu den Formen der Zusammenarbeit zählt sie insbesondere den allgemeinen Informations- und Erkenntnisaustausch, Koordination und Kooperation, Kommunikation, Stellung und Beantwortung von Ersuchen, wechselseitige Entsendung von Bediensteten, Ausbildung sowie Erstellung gemeinsamer Programme. Zur Erleichterung könnte dann beispielsweise der entsprechende Dienstverkehr unmittelbar zwischen den zuständigen Behörden geführt werden. Bei Verwendung personenbezogener Daten würde dafür ein eigenständiges Datenschutzregime aufgestellt werden. Als spezielle Kooperationsform regelt der Entwurf einen besonderen Meldedienst, der unerlaubte Grenzübertreitte und Schleusungskriminalität verhindern und verhüten soll. Weiterhin könnten zur Unterstützung gemeinsam besetzte Dienststellen errichtet werden. Darüber hinaus ermöglicht der Gesetzesentwurf der Bundesregierung eine grenzüberschreitende Observation, die sich im Gegensatz zum in der EU geltenden Schengener Durchführungsübereinkommen auch auf nicht tatbeteiligte und nicht tatverdächtige Personen erstreckt, beispielsweise auf Kontaktpersonen.

MONOPOLE. Erste statistische Ergebnisse haben ergeben, dass im Bereich Lebensmitteleinzelhandel die zehn größten Unternehmensgruppen etwa 75 Prozent des Gesamtumsatzes auf sich vereinen. Diese Ergebnisse verdeutlichen die große Bedeutung von Unternehmensgruppen für diesen Bereich, dürfen aber nicht

dazu verleiten, von einer ähnlichen Konzentration in anderen Bereichen auszugehen, meint das Statistische Bundesamt in einem Bericht an die Bundesregierung (14/9989), der jetzt veröffentlicht wurde.

VERSCHWUNDENE. Die Kritischen AktionärInnen DaimlerChrysler (KADC) nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, dass am Montag, den 28.10. von DaimlerChrysler ein Untersuchungsausschuss bekanntgegeben wird, der das Verschwinden von argentinischen Betriebsräten seit dem Jahr 1977 aufklären soll. Während der argentinischen Militärdiktatur (1976-1983) „verschwanden“ in dem Unternehmen mindestens 14 unbekannte Betriebsräte für immer. Das Unternehmen, insbesondere der damalige Produktionschef, Juan R. Tasselkraut, soll die Namen und Adressen dieser Mitarbeiter an die Militärs weitergegeben haben. Bereits seit drei Jahren ermittelt die Nürnberger Staatsanwaltschaft gegen die argentinische Niederlassung von DaimlerChrysler und Juan R. Tasselkraut wegen Beihilfe zum Mord.

Der Fall wurde 1999 von der Journalistin Gaby Weber ans Licht der Öffentlichkeit gebracht. Auf drei Hauptversammlungen von DaimlerChrysler forderten die KADC die Aufklärung der Schicksals der Ermordeten. Der Vorstand widersetzte sich bis 2001 der von den KADC vorgeschlagenen internen Untersuchungskommission. Nachdem der öffentliche Druck DaimlerChrysler schließlich zu einer Aufklärung zwang, wurde die Einrichtung der Kommission ein weiteres Jahr verschleppt. Erst auf der letzten Hauptversammlung stimmte Jürgen Schrempf endgültig und unwiderruflich der Kommission zu.

Aus nicht nachvollziehbaren Gründen wurde der von den KADC vorgeschlagene argentinische Friedensnobelpreisträger Perez Esquivel jedoch als Leiter der Kommission abgelehnt. Nunmehr soll Prof. Tomuschat, ein anerkannter Völkerrechtler, die Untersuchung leiten. Bei den Verhandlungen über die „terms of references“ der Kommission war Amnesty International zwar beteiligt, die KADC wurden jedoch nicht zugelassen. Auch über die getroffenen Vereinbarungen sind die KADC nicht informiert worden. „Wird die Kommission nur zum Alibi verwendet, wenn kritische Anregungen noch nicht einmal bei ihrer Bildung erwünscht sind?“ fragt Beate Winkler-Pedernera, Sprecherin der KADC.

Diese Tage erstatteten die Hinterbliebenen der Betriebsräte Strafanzeige gegen die Firma Daimler-Chrysler, die Gewerkschaftsleitung und die Militärs wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Die KADC unterstützen diese Anzeige ausdrücklich und hoffen, dass auf diesem Weg über die Wahrheitsfindung hinaus, die Täter von damals strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Arbeitskraft verbilligen – das bringt aber keine Beschäftigung

Die Fülle der finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Nachrichten lässt sich kaum auf einen Nenner bringen.

Da ist der Verfall der Geschäftsaussichten auf dem IT-Sektor, der nicht nur in die leere Luft projizierte Gründungen ausgelöscht hat, sondern längst schon die Ausrüster erreicht. Da ist der Niedergang der Bauwirtschaft. Da sind auch die Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung und der Krankenkassen und die Klemme der Versicherungswirtschaft. Da ist die Finanznotlage vor allem der kommunalen Haushalte. Da sind die internationalen Rahmenbedingungen, die inzwischen den Euro-Kurs hinauftreiben und die Exporte erschweren. Sollten die USA den Landkrieg im Mittleren Osten beginnen, wird eine Explosion des Ölpreises und damit ein weiterer Rückgang der Konjunktur prognostiziert. In diesem Umfeld handelt die Bundesregierung. In diesem Umfeld handeln aber auch Landesregierungen, siehe Berliner Senat, und Gemeinden. Wie handeln sie?

Die Repräsentanten der Wirtschaftstheorie haben bereits im vorigen Jahr das Stichwort gegeben, nach dem Schröder jetzt operiert (siehe Dokumentation nächste Seite). Schon damals hieß es, dass der Regierung zukomme, die gesellschaftliche Tendenz zur Besitzstandswahrung aufzubrechen. Und das ist dann auch das strategische Grundmotiv der Regierungserklärung Schröders, der Opfer einfordert und schier alle Interessen der Gesellschaft als partikuläre abwertet. Die scharfen Angriffe auf die so diffamierten „Besitzstände“ und „Partikularinteressen“ fängt Schröder ausschließlich durch das Versprechen auf, die Maßnahmen der Regierung seien eine unabdingbare Voraussetzung für die Belebung der Wirtschaftstätigkeit.

Der Schwerpunkt der Regierungsmaßnahmen liegt darauf, das Angebot an Arbeitskraft billiger zu machen und damit die Beschäftigung zu stimulieren.

Die Krise auf dem IT-Markt hat von diesem brutalen Kern der Arbeitsmarktpolitik noch die letzte Hülle gerissen. Vor ein, zwei Jahren gab es noch die Ansicht, die schwache Beschäftigung sei wesentlich Ausfluss der unzureichenden Bildungspolitik. Dementsprechend gab es den Gedanken einer Bildungsoffensive. Im breiten gesellschaftlichen Geschehen hatte das auch was: denn in diesen Bereichen bestand Übernachfrage nach Arbeitskraft. Das ist inzwischen nicht mehr so, und vielleicht wird es auch nicht mehr so. Die Strategie „Mehr Arbeitsplätze

durch verbesserte Ausbildung“ überkreuzt sich nicht mehr mit der Lebenserfahrung, die in einer wachsenden Zahl von Fällen die Aussage untermauert: Ausbildung nützt auch nichts. Prompt ist die Frage der Bildungsreform in das trübe und seichte Fahrwasser der Familienpolitik geraten. Eine Bildungsdebatte, die nicht von den Lebenschancen der Schülerinnen und Schüler ausgeht, sondern von der zeitlichen und finanziellen Entlastung der Eltern, führt doch wohl sicher ins Abseits. Wenn aber die Strategie mehr und sichere Beschäftigung durch bessere Bildung nicht mehr dabei ist, bleibt übrig, dass die Personen dem Arbeitsmarkt billiger und williger zur Verfügung stehen müssen. Dabei ist man jetzt angekommen.

Es gibt zwei große geschichtliche Erfahrungen, die gegen die Annahme sprechen, dass dieser von Roten, Grünen, Schwarzen, Gelben in Bund, Ländern und Gemeinden eingeschlagene Weg zu dem Ziel steigender Beschäftigung führt.

Die große Weltwirtschaftskrise in der Zwischenkriegszeit des vorigen Jahrhunderts hat ganz eindeutig gezeigt, dass die Bereitschaft bestqualifizierter Arbeiter zu minimalsten Entgelt jede Art von Arbeit zu leisten, keine Zunahme der Beschäftigung ausgelöst hat.

Die große Nachkriegskonjunktur, die in der BRD erst in den siebziger Jahren endete, hat hingegen gezeigt, dass eine ausreichende Nachfrage nach Arbeitskräften bei steigenden Einkommen aus Löhnen und Gehältern zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit auf praktisch Null führt.

Gibt es überhaupt Beispiele dafür, dass Verbilligung von Arbeitskraft, leichteres Heuern und Feuern, Schwächung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Widerstandskraft die Beschäftigung fördern? Solche Beispiele gibt es nicht. Wie sollte da auch funktionieren?

Was soll es denn bringen, wenn Arbeitskräfte, die für hoch produktive Arbeiten ausgebildet sind, für Tätigkeiten niedrigster Produktivität zur Verfügung stehen müssen? Überspitzt: Wenn die Flugzeugbauer, die jetzt in Unterpfaffenhofen vor dem Aus stehen, als Arbeitslose zum Spargelstechen genötigt werden, wird das Wirtschaftswachstum davon nicht zunehmen, sondern abnehmen. Wenn die Belegschaft von Siemens Hofmannstraße in der Hoffnung auf Arbeitsplatz erhalten einige Stunden pro Woche weniger arbeitet und weniger bezahlt erhält, wird die Lohnsumme sinken und damit die Situation der Kranken- und Rentenkasse prekärer und die Nachfrage im

Einzelhandel schwächer.

So bleibt zu befürchten, dass die Maßnahmen, die den Faktor Arbeit verbilligen sollen, zwar greifen werden, aber keineswegs verbunden mit einer Zunahme der Beschäftigung.

Asymmetrische Einkommensverteilung

Im letzten Jahr haben die Löhne und Gehälter ein bisschen aufgeholt. Aber der Massenkonsum hat nicht entsprechend nachgezogen. Eine von der Statistik ausgewiesene höhere Sparquote spricht dafür, dass die Arbeitnehmerhaushalte sich bereits so weit differenziert haben, dass in den besser bemittelten Einkommensbereichen, in denen auch die Zuwächse am höchsten sind, mehr Rücklagen gebildet werden als der Konsum im Niedriglohnbereich zunehmen kann. Da muss auch bedacht werden, dass die Wirtschaftsführung der privaten Haushalte heute erhebliche Sachmittel umfasst. Die Folge ist die Möglichkeit schleichender Verarmung, die sich im Hinausschieben fälliger Anschaffungen verbirgt. Eine leichte Verbesserung der Einkommenslage wird sich dann nicht in einer Steigerung der Nachfrage auswirken, sondern nur das Sinktempo verlangsamen.

Obwohl uns genaue Daten nicht vorliegen, sieht es doch so aus, als ob die Differenzierung der Einkommenssituation der Haushalte, die auf dem Verkauf von Arbeitskraft basieren, immer schroffer und milieuprägend wirkt. – Menschen, die von öffentlicher Hilfe zum Lebensunterhalt längerfristig abhängig sind, – Menschen, die von ihrem Einkommen so grade mal ein selbständiges Leben fristen können, – Menschen, die erhebliche Ersparnisse anzulegen haben, und all dies in zunehmend verfestigter Perspektive.

Beschäftigungswirksame Politik der öffentlichen Haushalte – Gemeindereform

Wie können die öffentlichen Haushalte überhaupt auf die Konjunktur einwirken? Letzten Endes dadurch, dass öffentliche Mittel so eingesetzt werden, dass die gesamtgesellschaftliche Produktivität begünstigt wird. Die öffentliche Hand, die Öffentlichkeit, muss bis zu einem gewissen Grade vorausahnen, wohin die wirtschaftliche Entwicklung gehen kann, und durch Gewährleistung von Infrastruktur und Dienstleistung den Weg für die Entwicklung der Unternehmen bahnen. Es ist nicht so, wie die FDP gern sagt, dass die „Wirtschaft in der Wirtschaft stattfindet“, sondern so, dass die Unternehmen einen Flughafen, ein Verkehrsnetz etc. entweder vorfinden oder es

wird nix. Diese Problematik trifft nicht nur Privatkapitalunternehmen. Auch eine Wohnungsgenossenschaft benötigt zum Bauen nicht nur eine Idee und Geld, sondern auch ein erschlossenes Grundstück.

Die Durchsicht der Wirtschaftsprogramme auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Gemeinden zeigt, dass in diesem Sinne nützliche und wirksame Projekte sich beim Bund weniger als bei den Ländern und bei den Ländern weniger als bei den Gemeinden finden lassen. In den Gemeindehaushalten fehlen aber die Mittel für das Soziale, für die Pflege solidarischer Beziehungen, für die lebenswürdige Ausgestaltung des Standortes und selbstverständlich auch für dringend anstehende Ersatzinvestitionen und Neuinvestitionen.

Es ist sogar möglich, dass die Gemeinden, vor allem die großen, Wege aufturn können, um auf dem Sektor der beruflichen Bildung der jungen Generation etwas zu erreichen. „Bedarf“ und „Leistungsbereitschaft“ können sich auf die-

ser Ebene in die Augen schauen.

„Allokationsneutral“

Unter den Maßnahmen, die von der Wirtschaftswissenschaft im letzten Jahr empfohlen wurden, ist die Forderung nach einer „robusten“ Finanzierung der Gemeinden daher am ehesten noch erfolgversprechend. Nun ist aber leider zu beobachten, dass das lebhafteste Interesse der Bürgerinnen und Bürger an konkreten Investitionsvorhaben der Gemeinden sich auf diese mehrstufig abgeleiteten Fragen der politischen Verfassung nicht im Selbstlauf durchschlägt. Die Diskussion um die Reform der Gemeindefinanzen hat z.B. zur Zeit im Grunde keine Öffentlichkeit. Aber ohne die Einschaltung der Öffentlichkeit wird es nichts.

Wenn z.B. der Sachverständigenrat fordert, die Finanzierung der Gemeinden solle robust, aber möglichst allokationsneutral sein, ist damit eine falsche politische Konzeption verbunden. (Allokationsneutral bedeutet in etwa, die öffentliche Nachfrage oder eine Steuer usw. sol-

le die vom Wettbewerb bewirkte Verteilung der Produktionsfaktoren und Einkommen nicht beeinflussen.) Denn sachlich geht es durchaus darum, dass die Politik der Gemeinden der Entwicklung der Wirtschaft Bahnen und Schranken ziehen kann, muss und auch tatsächlich zieht. Inhaltlich geht es darum, dass die wirtschaftliche Kompetenz der Einwohnerschaft nur erschlossen werden kann, wenn die Städte und Gemeinden nicht als Ausführungsgehilfen höherer politischer Ebenen begriffen werden, sondern die bei ihnen entstandenen Entscheidungen durchschlagend geltend machen können. Es geht nicht nur um eine Reform der Finanzierung, sondern um eine umfassendere Reform der verfassungsrechtlichen Stellung im politischen System. Die Verzahnung von öffentlich gewährleisteter Infrastruktur und privater oder auch genossenschaftlicher oder öffentlich rechtlicher Unternehmung darf nicht so begriffen werden, dass das öffentlich Gewährleistete wie eine leblose, benützbare Sache begriffen wird. Die öffentlichen

<http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de>

**Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Auszug aus dem Jahresgutachten 2001/02:**

Grundlinien der Wirtschaftspolitik

316. Einen endogenen Wachstumsprozess zuwege bringen, das können nur unternehmerische Investitionen in die Erneuerung und Erweiterung der Produktionskapazitäten und erfolgreiche Innovationen, die auf künftige Märkte gerichtet sind und mit intensiven Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in den Unternehmen, besonders in jenen, die im internationalen Wettbewerb stehen, einhergehen. Eine weitere und im Zeitalter des wissensbasierten Wirtschaftens immer wichtiger werdende Wachstumsquelle sind Investitionen in das Humankapital der einzelnen Menschen. Die neue Wachstumstheorie hat die herausragende Rolle des Humankapitals für das wirtschaftliche Wachstum eindeutig offen gelegt, ökonomische Untersuchungen bestätigen diesen Zusammenhang. Kreativität und Vielfalt in der Grundlagenforschung, um verwertbares Wissen zu gewinnen, werden ebenso gebraucht wie Arbeitskräfte, die über ein breites Spektrum hinweg nicht nur gut qualifiziert, sondern auch bereit und in der Lage sind, sich weiterzubilden und mit den großen technischen Neuerungen effizient umzugehen und einen möglichst großen Ertrag daraus zu ziehen. Das Ganze läuft darauf hinaus, dass die volkswirtschaftliche Investitionsquote im Bereich der Sachkapitalbildung auf hohem Niveau gehalten wird und der Ausbildungsstand der Bevölkerung und deren berufliche Qualifikationen überdurchschnittlich gut sind, und zwar auf Dauer.

Entscheidend dafür, dass langfristig

die deutsche Wirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad gelangt, sind ausreichende Anreize für Wagnisbereitschaft, Leistung und Lernen. Die angemessenen Anreizstrukturen wiederum müssen von der Wirtschaftspolitik geschaffen werden. Die zentrale Frage, um die es geht, lautet:

Wie sorgt der Staat dafür, dass die Menschen leistungsmotiviert, die Unternehmen risikobereit sind und insgesamt in der Gesellschaft die Bereitschaft groß ist, sich neuen Aktivitäten zuzuwenden? Und weiter: Was ist zu tun, damit Anreizstörungen im Marktsystem behoben, Fehlleitungen von Ressourcen beseitigt und Verklemmungen im Strukturwandel aufgelöst werden? Die Antwort kann nicht darin bestehen, hier und da diskretionäre Einzelmaßnahmen zu ergreifen, zumal sie auf längere Sicht meist schädlich sind. Vielmehr wird der Staat seiner Verantwortung erst dann gerecht, wenn er sich mit erkennbarer Konsequenz die Schaffung von günstigen mikro- und makroökonomischen Rahmenbedingungen in der Breite auf der Grundlage einer in sich schlüssigen und langfristig angelegten und damit für die Marktteilnehmer berechenbaren wachstumspolitischen Konzeption vornimmt. Unabdingbare Elemente einer solchen Konzeption sind nach Auffassung des Sachverständigenrates neben der Geldwertstabilität und einer auf Dauer tragbaren Finanzlage der öffentlichen Hand die effiziente Ausgestaltung des Steuer- und Transfersystems, die Offenheit der Märkte beim Zugang ebenso wie beim Austritt und ein funktionstüchtiger Wettbewerb.

327. Zukunftsvertrauen schaffen heißt für die Wirtschafts- und Finanzpolitik und die Lohnpolitik, nachhaltig zu sein, und dies wiederum bedeutet, in weiten Zeiträumen zu denken und zu handeln, vorausschauend die langfristigen ge-

samtwirtschaftlichen Anreizwirkungen heutiger Maßnahmen abzuschätzen, letztlich auch die Lebensverhältnisse kommender Generationen angemessen zu berücksichtigen und ihnen keine Hypothesen zu hinterlassen, die ihre wirtschaftlichen Entlastungsmöglichkeiten beeinträchtigen. (...)

328. Daher plädiert der Sachverständigenrat nachdrücklich dafür, die Wirtschaftspolitik möglichst langfristig zu orientieren. Was das konkret bedeutet, das führen wir in den einzelnen Politikbereichen aus. Dem Grundsatz nach raten wir zu Folgendem:

- Die Konsolidierung der Haushalte aller Gebietskörperschaften entschlossen vorantreiben, dabei die am wenigsten produktiven und fixen Kosten vergleichbaren Ausgaben (Finanzhilfen, subventionsähnliche Steuervergünstigungen und manch andere konsumtive Ausgaben) dauerhaft eindämmen und damit das strukturelle Defizit beseitigen.

- Darüber hinausgehend der intertemporalen staatlichen Budgetbeschränkung angemessene Rechnung tragen und so bereits heute die implizite Verschuldung des Staates begrenzen; die effektive marginale Steuer- und Abgabenlast der Privaten möglichst niedrig halten, sie jedenfalls nicht wieder ansteigen lassen.

- Das System der Gemeindesteuern auf eine robuste Grundlage stellen und hierbei die Gewerbesteuer abschaffen und durch eine neue kommunale Steuer ersetzen, die möglichst allokationsneutral ist, den Gemeinden zu einer adäquaten Finanzautonomie verhilft und im Aufkommen wenig abhängig vom Konjunkturverlauf ist.

- Die Ökosteuer nach den wissenschaftlich begründbaren Erfordernissen des Umweltschutzes (namentlich der Vermeidung einer globalen Klimaerwärmung) ausgestalten, ohne Zweckbindung

Güter haben einen eigenen, sinnbildenden Einfluss auf das Geschehen, der durch Demokratie Bürgerentscheide und Volksgesetzgebung zum Tragen kommt.

Sollen die Gewerkschaften nachgeben?

Die Gewerkschaften werden durch diese Politik unter Druck gesetzt. Von ihnen verlangt man, die Arbeitskraft billiger zu machen. Sie widersetzen sich. Aber eine große Schwierigkeit für die Begründung des gewerkschaftlichen Widerstands liegt in den oben schon erwähnten Differenzierung der Einkommen. Die so breit ausdifferenzierten Lohneinkommen können nicht mehr für alle Einzelfälle als Grundbedingung menschenwürdigen Lebens formuliert werden. Sie sind in Teilen höher, und dass sie höher sind, bringt sie sachlich und ideologisch in Beziehung mit dem Betriebsergebnis bzw. bei den öffentlichen Haushalten mit deren Schuldsituation.

Weil die offizielle Lehre davon ausgeht, dass besonders die ohnehin schon billigen Arbeitskraftangebote noch billi-

für die Einnahmen.

- Bei Tariflohnhebungen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt hinter dem Zuwachs der Stundenproduktivität zurückbleiben, und zwar solange, bis die Arbeitslosigkeit deutlich sinkt, um danach, bei einem wieder hohen Beschäftigungsstand, zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik übergehen zu können.

- Die Tarifabschlüsse marktgerecht nach Regionen, Branchen und Qualifikationen differenzieren, auch in unteren Lohnsegmenten, sodass Unterschieden in der relativen Knappheit und in der Wertgrenzproduktivität von Arbeitskräften Rechnung getragen wird; und in den Arbeitsentgelten Spielraum lassen für erfolgsorientierte Komponenten, für Qualifizierungsmaßnahmen und für differenzierende Arbeitszeitregelungen, wofür es ermutigende Beispiele bereits gibt.

- Die Anreize zur Arbeitsaufnahme bei arbeitslos gewordenen Arbeitnehmern und arbeitsfähigen Sozialhilfsempfängern stärken, die Bereitschaft zur Annahme einer niedrig oder niedriger als bisher entlohten Tätigkeit eingeschlossen, und hierfür das gegenwärtige System von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe entsprechend anpassen.

- Die aktive Arbeitsmarktpolitik effizienter und effektiver machen, das heißt, sie auf Aufgaben zurückführen, die sie sinnvoll erfüllen kann.

- Die Wettbewerbsordnung stark halten, Subventionen und Importbeschränkungen, die die Faktorallokation verzerren und den wachstumsnotwendigen Strukturwandel hemmen, abbauen und keine neuen einführen, sowie unbegründete Regulierungen der wirtschaftlichen Aktivität aufheben.

(...)

ger werden müssten, wird es viel Taktgefühl brauchen, um die Notwendigkeit, hier und da etwas nachzugeben, mit der strategischen Verteidigung des Flächentarifs und menschenwürdiger Mindesteinkommen zu verbinden.

Gesellschaftliches Bedürfnis und wirtschaftliche Selbstregulierung

Ganz seltsam ist, dass die Wirtschaftspolitik inzwischen ihre Chancen als Probleme sieht. Der wachsende Anteil von älteren Menschen, die auch in größerem Umfang Arzt, Pflege usw. benötigen, sei eine Katastrophe, heißt es: Aber wie denn? Ist das nicht auch eine erhebliche Nachfrage für den Gesundheitssektor, die auch zahlungsfähig ist? Genau so wächst der Bedarf nach Infrastruktur, die das Altern stützt, und existiert eine große Unzufriedenheit mit dem sogenannten „Heim“ als unzureichendem Angebot.

Internationaler Irak-Kongress am 1./2. November in Berlin:

Alternativen zu Embargo und Krieg

Von Rüdiger Göbel

Ist der drohende neue Krieg am Golf noch zu stoppen? „Ja, noch ist nichts entschieden“, verbreiten Illusionisten als frohe Botschaft. Ja, schränken Realisten ein, aber die Zeit ist verdammt knapp. Es bleiben bestenfalls noch vier Wochen. „Bis Ende November haben die USA ihre militärischen Vorbereitungen voraussichtlich abgeschlossen. Anfang bis spätestens Mitte Dezember ist mit massiven Luftangriffen auf Irak zu rechnen, Anfang Januar könnten dann US-Bodentruppen in das Zweistromland einrücken.“ Das militärische Szenario, das der ehemalige Offizier der US-Marineinfanterie Scott Ritter am Wochenende in Berlin skizzierte, war knapp, klar und beängstigend realistisch.

Ein Krieg gegen Irak wird einem „Massaker an der irakischen Bevölkerung“ gleichkommen, militärisch hat das ölige Land keine Chance. Der das sagte, dürfte es wissen. Ritter kämpfte im Golfkrieg 1991 und ist nach wie vor stolz, „Marine“ zu sein und seinem Land als Soldat zu dienen. Nach dem Krieg vor elf Jahren leitete Ritter eine UN-Inspektorengruppe im Irak. Er galt als „Falke“ unter den Waffensuchern und schied 1998 mit der Begründung aus dem Dienst, dass die UNO und die USA ihn nicht genügend in seinem harten Kurs gegenüber Bagdad unterstützten.

Das aktuelle Kriegsvorhaben seines Präsidenten indes lehnt Ritter kategorisch ab. Dieses hätte nichts mit den Werten und Normen der amerikanischen Verfassung zu tun. Vielmehr würden die Bevölkerung seines Landes und die ganze Welt systematisch belogen, nationales wie internationales Recht gebrochen.

Anscheinend gelingt der Transfer dieser Art Leistungen vom Leistungserbringer zum Leistungsnehmer durch den Markt nicht. Erklärlich wäre das, denn Marktwirtschaft beruht auf der Fiktion, dass sich Käufer und Verkäufer nur für einen kurzen Moment auf dem Markt treffen, um auszutauschen. Wenn aber eine länger dauernde, diskursive Situation zwischen Leistungsanbieter und Leistungsnehmer erforderlich ist, wie das beim Arzt, im gestützten Leben im Alter für das Gelingen unumgänglich ist, tut es der Markt nicht.

Fazit: gewerkschaftliche Einkommenspolitik, Geld für kommunale Initiativen und sozialpolitische Reform könnten Motor für die wirtschaftliche Entwicklung sein, während das Allheilmittel angebotsorientierter Politik, die Verbilligung der Arbeitskraft, längst in der Krise steckt.

alk, maf

Bush seniors strammer Krieger avancierte in den vergangenen Monaten zum international bekanntesten Gegner der Angriffspläne von Bush junior.

Allen Kriegsgefahren zum Trotz gab sich der frühere UN-Waffeninspekteur auf der internationalen Irak-Konferenz im Rathaus Schöneberg optimistisch: US-Präsident George W. Bush ist zu stoppen. Wichtig sei, das Weiße Haus international zu isolieren und die US-amerikanische Antikriegsbewegung in ihren Protesten zu unterstützen. Deutschland komme hierbei eine Schlüsselposition zu, gehört das Land doch zu den engsten Verbündeten der USA. „Sorgen Sie dafür, dass die Bundesregierung bei ihrem Nein zum Irak-Krieg bleibt“, mahnte Ritter die gut 300 Konferenzteilnehmer am Samstagmittag.

Der US-Führung gehe es am Golf weder um Demokratie, noch um Menschenrechte. Auch nicht um Öl allein. „Die USA wollen die globale Dominanz.“ Diese Politik sei auf einen einfachen Begriff zu bringen: Imperialismus. „Helfen Sie uns, diese Politik zu ändern“, bat der bekennende Republikaner Ritter seine Zuhörer in Berlin. Und an die Adresse der Bundesregierung schickte er die Botschaft: „Die Amerikaner brauchen die kritische Stimme Europas. Die Bundesregierung und die EU müssen Bush klarmachen, dass er im Kriegsfall allein steht.“

Hans von Sponeck, von 1998 bis 2000 Koordinator des humanitären Hilfsprogramms der UNO im Irak, verwies auf die gravierenden Folgen des langjährigen Embargos. „Die Verarmung im Irak ist total“, so Graf von Sponeck. „Sanktionen sind eine ‚falsche Politik‘, sie sind völkerrechtswidrig und verletzen die Menschenrechte.“ Es sei eine Tragik, dass sich der internationale Kongress aufgrund

der aktuellen Entwicklung so sehr mit Kriegsdrohungen beschäftigen muss, „obwohl es viel mehr um die Blockade gehen müsste“. Hierzu hätten sich die Bundesregierung und der Deutsche

Bundestag nicht einmal geäußert. Die politischen Parteien in Deutschland hätten einen enormen „Nachholbedarf in Sachen Irak“. Ein „Nein zum Krieg“ müsse verbunden werden mit einem „Nein zum Embargo“, erklärte Hans von Sponeck. Inner-irakische Menschenrechtsverletzungen, die Saddam Hussein zu verantworten habe, könnten nur auf dem Weg des Dialogs beantwortet werden. Krieg und Sanktionen seien keine Alternativen.

Diese Position hatte auch Barbara Lochbihler, Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International, am Freitagabend zum Konferenzauftritt bezogen. Ein Bombenkrieg gegen Irak sei kein Mittel, um den Menschenrechtsverletzungen des irakischen Regimes beizukommen. Krieg selbst sei eine massive Menschenrechtsverletzung. Amnesty habe daher ausdrücklich beim Weißen Haus protestiert, dass US-Präsident Bush Berichte der Organisation als Rechtfertigung für einen Angriff missbrauche. Kritisch äußerte sich Lochbihler auch zu den Sanktionen, die ob ihrer Folgen für die Zivilbevölkerung von einer Menschenrechtsorganisation nicht unterstützt werden könnten. Ausführlich schilderte die ai-Vertreterin vor allem aber schwerste Menschenrechtsverbrechen, die die irakische Führung zu verantworten habe. Diese seien nicht zu entschuldigen oder mit

äußerer Bedrohung zu rechtfertigen.

Vertreter der irakischen Exilopposition hatten eine Teilnahme an dem zweitägigen Kongress abgelehnt. Sie mutmaßten, die Debatte zielen auf eine „Rehabilitierung Saddams Husseins“ ab. Vorträge wie Diskussionen zeigten, wie absurd diese Vorwürfe gegenüber den Kongressveranstaltern, darunter die Initiative gegen das Irakembargo, die Ärzteorganisation IPPNW, die Deutsch-Irakische Gesellschaft sowie Gruppen aus der Friedensbewegung, waren.

„Wege aus der Krise“ skizzierten der irakische Botschafter in London, Mudhafar A. Amin, sowie der schwedische Konfliktforscher Jan Øberg. Irak habe in den vergangenen Jahren enorme Anstrengungen unternommen, wieder diplomatische Beziehungen mit seinen Nachbarländern aufzunehmen und die Kontakte zu normalisieren, erklärte Amin. Gerne würde Bagdad auch in Dialog mit der britischen oder US-amerikanischen Regierung treten, was von diesen aber verweigert werde. „Es gibt im Irak keine Feindschaft oder Vorbehalte gegenüber dem Westen. Wir wollen einzig unter normalen Bedingungen leben.“ Es war das erste Mal seit dem Golfkrieg 1991, dass ein Vertreter der irakischen Regierung auf einem internationalen Kongress in Deutschland sprechen konnte. Und es ist den Veranstaltern hoch anzurechnen, dass sie allen Anwürfen zum Trotz an ihrem Konzept festhielten, auch einen Referenten aus dem Irak mit aufs Podium zu holen.

Jan Øberg (Transnational Foundation for Peace and Future Research) präsentierte am Samstag Alternativen zum „Konzept Krieg“. Wenn keine anderen Optionen formuliert werden, wird es zwangsläufig zum Angriff kommen, erklärte der schwedische Konfliktforscher. Wenn die Bundesregierung einen Krieg gegen Irak verhindern wolle, müsse sie so rasch als möglich die Botschaft in Bagdad wieder eröffnen. „Alle EU-Staaten sollten dies tun.“ Nur so seien Gespräche auf höchster politischer Ebene im Irak möglich. Die Europäische Union müsse eine „Monitoring Group“ in den Irak entsenden und eigene Forderungen an Bagdad formulieren. Diese müssten „hart, aber fair“ sein. Es könne nicht angehen, dass in der UNO alle Staaten wie gelähmt ihre Hände in den Schoß legen, nur weil ein Land Krieg führen wolle, so Øberg. Wer den Irak verändern wolle, müsse zur Öffnung des Landes beitragen, nicht zu dessen weiterer Isolierung.

Schade, dass die „demokratische irakische Opposition“ einen Dialog, wie er in Berlin eingefordert wurde, ablehnt. Für sie bleibt das Ziel, der Sturz Saddams Husseins, der Weg. Ein zuverlässiger Bündnispartner gegen den Krieg ist sie damit nicht.

aus Kongressdokumentation:

www.irak-kongress-2002.de

ebenfalls veröffentlicht in: *junge Welt*, 5. November 2002



26. Oktober: Hunderttausende in aller Welt demonstrieren gegen den drohenden Irak-Krieg: (von oben nach unten) Barcelona, Berlin, Tokio und Seattle (Veteran des II. Weltkrieges)

Gesamtergebnis der Wahlen in der Türkei

Wahlberechtigte in der Türkei: 41.441.374
Abgegebene Stimmen: 32.604.525
Gültige Stimmen: 31.328.214

| Partei | Prozent | Stimmen |
|-------------|---------|------------|
| AKP | 34,1 | 10.780.842 |
| CHP | 19,3 | 6.105.424 |
| DYP | 9,5 | 2.991.341 |
| MHP | 8,3 | 2.612.313 |
| GP | 7,2 | 2.277.711 |
| DEHAP | 6,1 | 1.953.118 |
| ANAP | 5,1 | 782.235 |
| SP | 2,5 | 782.235 |
| DSP | 1,2 | 382.047 |
| YTP | 1,21 | 380.063 |
| BBP | 1,02 | 320.628 |
| YP | 0,94 | 294.534 |
| BTP | 0,48 | 150.231 |
| ÖDP | 0,34 | 105.623 |
| LDP | 0,29 | 90.444 |
| MP | 0,22 | 69.371 |
| TKP | 0,19 | 60.390 |
| Unabhängige | 0,99 | 311.239 |

Quelle: Özgür Politika, 5.11.2002

Türkei

Wahlsieg der AKP – kurdische Demokratiebewegung nicht im Parlament

„Erdrutschartig“ und als politische Umwälzung bezeichnen viele Kommentare den Sieg der islamistisch-konservativen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) bei den türkischen Parlamentswahlen am 3. November. Mit 34,1 Prozent der Stimmen stellt die AKP eine Zweidrittelmehrheit (362 von 550 Sitzen) im neuen Parlament. Sie kann allein regieren. Als zweite Partei zog die kemalistisch orientierte sozialdemokratische Republikanische Volkspartei (CHP) mit 19,3 Prozent der Stimmen ins Parlament ein und wird 178 Abgeordnete stellen.

Keine andere der weiteren 16 kandidierenden Parteien konnte die 10-Prozent-Hürde überwinden. Die etablierten Parteien der bisherigen Regierungskoalition wurden abgestraft und flogen alle aus dem Parlament, die Partei des Ministerpräsidenten Ecevit DSP erhielt sogar nur 1,2 Prozent. Am Tag nach der

Wahl traten alle bisherigen Parteiführer zurück. Für die bisherige politische Klasse bedeuten diese Wahlen vorerst das Aus.

Leider konnte auch die kurdische Demokratiebewegung nicht ins Parlament einziehen. Die Dehap, in der sich die Hadep mit zwei kleineren sozialistischen Parteien zusammengeschlossen hatte steigerte ihr Ergebnis um einen Prozentpunkt auf 6,1 Prozent. Die massiven Wahlbehinderungen und Bedrohungen schmälerten das Ergebnis, konnten aber nicht verhindern, dass die Dehap in den kurdischen Provinzen zur stärksten Partei mit 20 bis über 50 Prozent wurde. In der übrigen Türkei konnte die Dehap nicht die notwendige Anzahl der Wähler mobilisieren, auch nicht in den Großstädten Istanbul (zwischen 4 und 7 Prozent), Ankara (2-3 Prozent), Adana (9 Prozent) oder Izmir (6-7 Prozent), wo

Wahlbehinderungen in Kurdistan

Das Kurdistan-Informations-Zentrum Berlin veröffentlichte am Wahltag die Zwischenberichte internationaler Delegationen über Wahlbehinderungen und Unregelmäßigkeiten. Hier ein Auszug daraus:

Delegationsgruppen aus Frankreich, die zur Wahlbeobachtung nach Iğdir geflogen ist, wurden in den Dörfern Acıgaga, Göbekli, Yenidogan, Hasanhan und Karahan, der Kreisstadt Aralık bei Iğdir aus den Wahllokalen geworfen. Im weiteren wurden Mehmet Nuri Günes, Kandidat der DEHAP, und Mitglieder der französische Delegation von Dorfschützern angegriffen und verletzt. (...)

Die Berliner Gruppe konnte heute in einigen Dörfern bei Lice Wahlbeobachtungen durchführen. Vor den Wahllokalen fanden sie ein großes Militäraufgebot vor. (...)

Eine andere Gruppe aus Deutschland, die sich in Siverek bei Urfa aufhält, konnte beobachten, dass im Dorf Yücelen die Menschen zur offenen Stimmabgabe gezwungen wurden. (...)

Des weiteren wurde bekannt, dass in Van neun Wahlhelfer in Folge eines Angriffes verletzt wurden. (...)

Nach Angaben von Nazmi Gür wurde in Edremit im Dorf Köklü um 9.45 Uhr die Urne geöffnet und somit die Wahl beendet, nachdem von 52 Wahlberechtigten erst 37 ihre Stimme abgegeben hatten. (...)

Nach Informationen von Mikat Koyuncu, dem Urnenbeauftragten, (...) in der Grundschule Bunsuz bei Haymana die Wähler zu offener Wahl gezwungen. (...) Im Dorf Yakitli bei Batman wurde

die Urnen von Soldaten beschlagnahmt. (...) In Malazgirt bei Mus wurden fünf Menschen verletzt, als der Landrat die Dorfbewohner zur offenen Stimmabgabe zwang. (...)

Die Hamburger Delegation, die heute in Beytüşebap die Wahlen beobachtet hat, berichtet von starkem Druck vor allem in den Dörfern. In fast allen Dörfern seien die Wähler zur offenen Stimmabgabe gezwungen worden. Während in den Dörfern Militär und Dorfschützer Druck auf die Bevölkerung ausüben, sind es in den Städten und Gemeinden Polizeieinheiten. (...)

Verletzung der Wahlfreiheit in Diyarbakir (...) Nach Informationen des Menschenrechtsverein IHD, der Anwaltskammer und politischer Parteien wurden in mindestens sieben Dörfern die Wähler zur offenen Stimmabgabe gezwungen. (...)

In den frühen Morgenstunden wurde das DEHAP-Wahlbüro in Manavgat bei Antalya von unbekannten Tätern angezündet. (...)

In Siirt haben etwa 500 Wähler erklärt, dass sie aufgrund von Repressionen der Jandarma nicht zur Wahl gehen werden. Nach Informationen von Wahlbeobachtungsdelegationen, die vor Ort mit den Einwohnern gesprochen haben, übt der Jandarmakommandant in den Dörfern Cefan, Usi, Xalibi und Hüseyini Druck auf die Bewohner aus und fordert von ihnen, ihre Stimmen der MHP zu geben. (...)

Im weiteren beklagte die Delegation, die aus Abgeordneten des Europaparlaments besteht, die hohe Militärpräsenz in Kurtalan, Sirvan und Erüh bei Siirt. (...) Im Dorf Elciler bei Mus hat der Landvorsteher Sadrettin Eken die Wäh-

ler dazu gedrängt, ihre Stimmen einem unabhängigen Kandidaten namens Zeki Eker zu geben. Als die Wähler dieser Forderung nicht nachkamen, wurden sie beschimpft und anschließend mit Steinen und Stöcken angegriffen. (...)

Fast zeitgleich haben auch in Kagitbasi die Anhänger des Kandidaten Zeki Eker die Urnenbeobachter angegriffen. Es kam zu einer Schlägerei, in die auch die Jandarma eingriff. Hinterher wurde festgestellt, dass 22 Stimmzettel aus den Urnen fehlten. (...)

Nach Informationen eines Krisenstabes, der sich aus Vertretern des IHD, der Anwaltskammer und politischen Parteien zusammensetzt, sind eine Vielzahl von Bürgern auf dem Weg zur Stimmabgabe festgenommen worden.

In den Dörfern Yunuslar, Tosunbag und Avcilar der Kreisstadt Kurtalan bei Siirt mussten die Wähler aufgrund von Repressionen durch Anhänger der MHP ihre Stimmen offen abgeben. (...) Einige Dorfbewohner haben aus Protest ihre Stimmzettel verbrannt.

In Dogubeyazit bei Agri sind 17 Wahlbeobachter der DEHAP willkürlich und ohne Erklärung festgenommen worden. (...)

Wie bekannt wurde, sind Hunderte Wahlberechtigte in Mersin durch Sicherheitskräfte an der Wahl gehindert worden. (...)

In Dikmen bei Kiziltepe / Mardin sind der Sekretär der IHD-Filiale Mardin und die norwegische Wahlbeobachtungsdelegation von dem ANAP-Kandidaten Ömer Ertas angegriffen worden, als sie eine offene Stimmabgabe verhindern wollten. Auf Anweisung der Staatsanwaltschaft wurde daraufhin die Stimmabgabe unterbrochen. (...)

Hunderttausende von Binnenflüchtlingen leben. Für die Wähler nicht-kurdischer Abstammung war die Dehap keine Alternative für eine gesamt türkische Lösung der sozialen, wirtschaftlichen und demokratischen Fragen.

Der Wahlsieg der AKP war erwartet worden, nur die Höhe hat überrascht. Betrachtet man die Landkarte der Türkei, erhielt die CHP in den Provinzen der Mittelmeerküste und an den Grenzen zu Griechenland und Bulgarien die Mehrheit, die Dehap in den kurdischen Provinzen, aber die AKP in den großen Industriestädten und auf dem Land. Die Menschen, die hier leben, sind – neben

die AKP die dringlichsten wirtschaftlichen und sozialen Probleme lösen will oder welche Rolle die Türkei nun im bevorstehenden Irak-Krieg spielen will, bleibt bisher unklar. Offen bleibt auch die Frage, wie die AKP mit der Demokratisierung der Türkei und dem kurdischen Problem umgehen wird. Viel wird von der Haltung der Militärs abhängen, die bisher auf jede Entscheidung in der Türkei Einfluss nehmen. Bedauerlich ist, dass keine kurdischen Abgeordneten in diesem Prozess wirken können, sondern diese Regionen weiter allein von Ankaras Macht kontrolliert und regiert werden. (rub)



den kurdischen Provinzen – die großen Verlierer der schweren Wirtschaftskrise, in deren Verlauf im letzten Jahr mehr als eine Millionen Menschen ihre Existenzgrundlagen verloren. Das Vertrauen in die alten Regierungsparteien, die den öffentlichen Sektor seit Jahrzehnten wie einen Selbstbedienungsladen betrachteten und zum großen Teil vom Krieg in Kurdistan wirtschaftlich profitierte, ist bei diesen Wahlen endgültig geschwunden. AKP-Parteichef Erdogan verkörpert den jungen modernen Türken, nicht in Korruptionsskandale verwickelt und mit dem Versprechen von der Wahrung der Tradition, Ehrlichkeit und der Akzeptanz von unterschiedlichen Glaubensrichtungen und Kulturen gewann er die Wahlen. Die vor anderthalb Jahren gegründete AKP und Erdogan haben ihren Ursprung im Reformflügel des politischen Islam der Refah-Partei. Sie stellen sich als wertkonservative Kraft, als Stimme der Provinz und die der Binnenflüchtlinge dar, die an ihren neuen Wohnorten keine wirtschaftlichen und sozialen Existenzen aufbauen konnten. Erdogans von Militär und Gerichten beendete Amtszeit als Oberbürgermeister von Istanbul brachten sicherlich weitere Stimmen. Sofort nach den Wahlen erklärte Erdogan, dass die AKP für den EU-Beitritt und die Einhaltung der IWF-Kriterien stehe. Einen Irak-Krieg könne es ohne ein UN-Mandat nicht geben. Erdogan selbst wird nicht Ministerpräsident werden können. Er ist per Gericht mit einem Mandatsverbot wegen „Volksverhetzung“ belegt. Gegen die AKP strengte der Generalstaatsanwalt kurz vor den Wahlen ein Verbotsverfahren an, dessen Ergebnis noch aussteht.

Nach den Wahlen steht die Türkei trotz stabiler Mehrheitsverhältnisse im Parlament weiter vor einer Zerreißprobe. Wie

EU-Beitritt Tschechiens

„Eine Geste zu den Beneš-Dekreten wird nicht unter Druck erfolgen“

Die Vertriebenenverbände machen noch einmal Druck. Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, fordert die EU-Kommission auf, neue Gutachten zu den Beneš-Dekreten in Auftrag zu geben. Wie die folgenden Stellungnahmen aus Tschechien belegen, kommt für die EU aber ein Einschwenken auf die Linie der Vertriebenenverbände nicht in Frage. Wir entnehmen die Texte den Deutsch-Tschechischen Nachrichten vom 30. Oktober.

Am 21. Oktober stellte der Heidelberger Völkerrechtler, Prof. Joachim Frowein, dem außenpolitischen Ausschuss des EU-Parlaments sein Gutachten vor, in dem er zu dem Schluss kommt, dass die sog. Beneš-Dekrete kein Hindernis für den EU-Beitritt der Tschechischen Republik sind. An der anschließenden nicht-öffentlichen Debatte nahm als einziger tschechischer Vertreter der tschechische Botschafter bei der EU, Libor Secka, teil. Danach äußerte Secka gegenüber Radio Prag:

„Ich denke, hier zeichnet sich erneut ein ähnliches Bild wie bereits im Frühjahr ab. Es gibt eine ziemlich kleine Gruppe von deutschen und österreichischen Abgeordneten, die sich sehr lebhaft für dieses Thema interessieren und die Frage zuweilen recht laut auf den Tisch bringen. Die große Gruppe derjenigen, die kein spezielles Interesse daran haben, betrachtet die Ergebnisse der Analysen, die vom Europäischen Parla-

ment und der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben wurden, als richtungsweisend und sehen keinen Grund für eine weitere Diskussion. Die Analysen sprechen eine klare Sprache: die Beneš-Dekrete stellen kein Hindernis für den EU-Beitritt der Tschechischen Republik dar.“

Neben dem Frowein-Gutachten kursieren noch mehrere weitere Expertisen zu den Beneš-Dekreten. Libor Secka über die Rolle, die sie für die weitere Diskussion im Europäischen Parlament spielen:

„Bei der Debatte mit Professor Frowein am Montag waren sich die Anwesenden klar darüber einig, dass die einzige Grundlage für die weitere Diskussion das Gutachten von Prof. Frowein und seinem Team ist. Natürlich können wir auch über alle weiteren, inzwischen schätzungsweise um die zehn Analysen sprechen, aber tatsächlich richtungsweisend ist das Frowein-Gutachten.“

Nach dem außenpolitischen Ausschuss setzen nun die einzelnen politischen Fraktionen des Europa-Parlaments die Diskussion über die Rechtsgutachten fort. Am 5.11.02 soll über den endgültigen Wortlaut für eine Resolution zur EU-Erweiterung abgestimmt werden.

(Nach Radio Prag, 23.10.2002)

Außenminister Svoboda

Der tschechische Außenminister Cyril Svoboda hat während der Gespräche mit seinem dänischen Amtskollegen Per Stig Möller am 4.10. in Kopenhagen erklärt, dass die Tschechische Republik gedenke, bei ihren Verhandlungen mit der EU die nationalen Interessen zu verteidigen. Deshalb, so Svoboda, habe man ein dauerhaftes Interesse daran, dass die Konkurrenzfähigkeit der tschechischen Landwirte gewahrt bleibt, dass die Anzahl der tschechischen Abgeordneten im Europäischen Parlament von 20 auf 22 erhöht werde und dass Tschechien nicht sofort mit Beginn seiner EU-Zugehörigkeit ein vollwertiger Beitragszahler für die Union sein könne. Zur Frage der so genannten Beneš-Dekrete sagte Svoboda vor Journalisten, falls die Tschechische Republik ein Bedauern zu den Auswirkungen der nach dem Zweiten Weltkrieg in der damaligen Tschechoslowakei rechtswirksamen Legislative äußern werde, so werde dies auf keinen Fall unter Druck des Auslands geschehen. Der Chef der dänischen Diplomatie, mit dem Svoboda u.a. über das von Professor Joachim Frowein im Auftrag des Europäischen Parlaments zu den Beneš-Dekreten ausgearbeitete Gutachten gesprochen hat, unterstützte die tschechische Haltung. Dänemark hat sich zum Ziel gestellt, dass noch während des dänischen EU-Vorsitzes bis Ende Dezember die Beitrittsgespräche mit den am besten vorbereiteten Kandidatenländern abgeschlossen werden.

(Radio Prag, 4.10.2002)



Seattle, Quebec, Quito

In Quito (Ecuador) findet momentan das 7. Ministerial-Treffen des FTAA (Free Trade Area of the Americas, Freihandelsgebiet der Amerikas), auf Spanisch ALCA, statt. Parallel dazu laufen seit Anfang der Woche in ganz Lateinamerika – und besonders in Quito selbst – Protestaktionen. In Quito demonstrierten am Donnerstag 15000 und am Freitag noch einmal 10000, in Montreal 10000 und in Sao Paulo 5000. Mit der FTAA sollen mehr als 800 Millionen Menschen zu Konsumenten eines gemeinsamen Marktes über zwei Kontinente zusammengefasst werden.

El Salvador: Weißer Marsch

Es war die größte Demonstration in der Geschichte El Salvadors. Mindestens 200000 Menschen füllten am Mittwoch der vergangenen Woche nach Angaben des Committee in Solidarity with the People of El Salvador (Cispes) die Straßen der Hauptstadt beim zweiten „Weißen Marsch“ gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens. Er war zugleich als Unterstützung für die seit mehr als einem Monat Streikenden in den Fabriken gedacht. An dem Marsch beteiligten sich auch Busfahrer, Schüler und Studenten, Lehrer, Abgeordnete der FMLN und Organisationen aller Art aus den salvadorianischen sozialen Bewegungen. Gleichzeitig blockierten einige tausend Bauern, die gegen Privatisierungen, gegen die von den USA geplante Freihandelszone FTAA und gegen das Freihandelsabkommen der mittelamerikanischen Staaten und der USA protestierten, die drei Haupteinfallsstraßen nach San Salvador.

Am Freitag feuerte die salvadorianische Regierung nach Angaben von Cispes ohne Begründung den Generalsekretär der STSEL, der Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter, und vier weitere Gewerkschafter. Die Energieerzeugung soll nach den Wünschen der salvadorianischen Regierung ebenfalls privatisiert werden.

Polizei beendet Kirchenbesetzung in Paris

Nach mehr als vier Stunden hat die französische Polizei eine von rund 200 Einwanderern ohne Papiere besetzte Kirche in Paris geräumt. Die Sicherheitskräfte drangen am späten Samstagabend in die katholische Kirche Saint Jacques-Saint Christophe de la Vilette im 19. Arrondissement ein, sagte ein Sprecher der Besetzer.

Die Kirchenverwaltung hatte um die Räumung ersucht, nachdem ein Gespräch mit den mehrheitlich aus Afrika und Asien stammenden Einwanderern erfolglos geblieben war. Die Besetzer hätten die Kirche freiwillig verlassen. Zu der Kirchenbesetzung war es im Anschluss an eine Demonstration von Einwanderern gekommen, zu der Gewerkschaften und andere Organisationen aufgerufen hatten. Erst Ende August hatten Einwanderer nach einer zwei Wochen andauernden Besetzung der Königs-Kathedrale Saint-Denis bei Paris aufgegeben. Die vor allem aus Afrika stammenden Einwanderer hatten mit der Besetzung für Ausweispapiere gekämpft.

Frankreich: Soziale Bewegungen und Verteidiger demokratischer Freiheitsrechte mobilisieren

Es war ein ungewöhnliches Bündnis, das in der vergangenen Woche in Paris an die Öffentlichkeit trat. Die progressive Anwältegewerkschaft SAF und die traditionsreiche Liga für Menschenrechte (LDH) protestierten gemeinsam mit den linksalternativen SUD-Basisgewerkschaften, der Bauerngewerkschaft von José Bové, alternativen Internetgruppen, der CGT und der Antirassismusbewegung MRAP.

Ihr Protest richtet sich gegen die geplante Strafrechtsreform des französischen Innenministers Nicolas Sarkozy, die eine drastische Verschärfung der Strafen für zahlreiche Delikte vorsieht – vor allem solcher Strafbestimmungen, die gesellschaftliche Randgruppen tref-

fen. So sollen Sinti und Roma im Fall illegalen Campierens mit sechs Monaten Haft, Konfiszierung der Fahrzeuge und dreijährigem Entzug des Führerscheins bedroht werden. Ausländische Prostituierte sollen zügig abgeschoben werden, im Namen des Kampfs gegen den Menschenhandel mafiöser Kartelle vom Balkan oder afrikanischen Staaten aus – bestraft würden aber vor allem die betroffenen Frauen. „Aggressives Betteln“ soll ebenfalls mit sechs Monaten Haftandrohung sanktioniert werden.

Der Entwurf, den die Demonstranten als eine „Kriegserklärung an die Armen“ bezeichneten, wurde am Mittwoch der vergangenen Woche vom Kabinettsverabschiedet und soll bis zum Jahresende vom Parlament angenommen werden. In einem von 34 Gruppen und Organisationen veröffentlichten Aufruf heißt es ferner, das Gesetzesvorhaben „könnte zu einem autoritären Staat führen und all jene unterdrücken, die das Pech haben, an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden“.

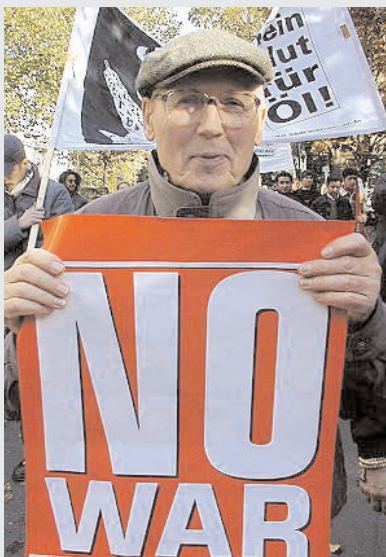
Großbritannien: Friedensaktivisten demonstrierten

Am nationalen Aktionstag gegen den Krieg in der vergangenen Woche wurden das Goldsmiths College und die London School of Economics (LSE) symbolisch besetzt. Die „Stop the War Coalition“, gebildet aus Friedensinitiativen, diversen trotzkistischen Parteien, Gewerkschaften, muslimischen und studentischen Gruppen, hatte an diesem Tag zu „direkten Aktionen“ aufgerufen. In zahlreichen Städten, etwa Sheffield und Liverpool, wurden Straßen blockiert und öffentliche Gebäude besetzt. In der Hauptstadt führte eine Demonstration zum Parlament und zur Downing Street, dem Sitz der Regierung.

Auf der Abschlusskundgebung sprachen sich zahlreiche Gewerkschafter und prominente Friedensaktivisten für einen Generalstreik am Tag des möglichen Angriffs auf den Irak aus und forderten Premierminister Tony Blair auf, seine Unterstützung der USA zurückzuziehen. Tony Benn, sozialistisches Parlamentsmitglied, forderte eine Volksbefragung: „Wir repräsentieren heute die Mehrheit in diesem Land und die Mehrheit der Welt.“ Seit drei Wochen zeigten Meinungsfragen, dass die Mehrheit der Briten militärische Aktionen gegen den Irak ablehnt. Tariq Ali, Schriftsteller und schon gegen den Vietnamkrieg aktiv, sagte: „Ob mit oder ohne Beschluss der Vereinigten Nationen, wir sind gegen einen Angriff auf den Irak!“ Eine Sprecherin des Friedensbündnisses zeigte sich nach der Demonstration zufrieden, auch wenn wesentlich weniger als vor drei Wochen an den Aktionen teilnahmen. Die Polizei sprach von 10000, die Veranstalter dagegen von 40000 Teilnehmern.

Zusammenstellung: hav

BERLIN. Bundesweit haben am 26. Oktober 2002 mehrere Zehntausend Menschen in 90 Städten gegen einen drohenden Irak-Krieg demonstriert. In Berlin versammelten sich nach Angaben der „Achse des Friedens“ bis zu 30.000 Menschen; die Polizei sprach von lediglich 8.000. Von der ver.di-Fachbereichskonferenz 3, die gleichzeitig mit der Demonstration tagte, sandten die Delegierten, die 165.000 Mitglieder vertreten, eine Resolution, in der beschlossen wurde: Rückzug der deutschen Soldaten von den out-of-area-Einsätzen! Keine Unterstützung durch Bereitstellung von entsprechender Infrastruktur! Keine Finanzierung von militärischen Einsätzen! – Aktionen wurden aus vielen Städten Europas, Mittelamerikas, Asiens und den USA gemeldet. Überall waren gewerkschaftliche Organisationen überraschend stark präsent. In Washington gingen über 100.000 und in San Francisco 80.000 Menschen auf die Straße – die größten Antikriegsdemonstrationen in den USA seit der Tonking-Resolution 1969. (Bilder aus Köln)



Bilder: www.arbeiterfotografie.com

„Alternativen zur Gewalt“ – Konferenz in Baden-Württemberg

STUTTGART. Die Konferenz „Alternativen zur Gewalt“ am 27.10.2002 im Theaterhaus Stuttgart hat erfolgreich in Baden-Württemberg Friedensbewegung, Globalisierungskritiker und Ökologiebewegung zusammengeführt. Mehr als 200 Teilnehmer aus dem süddeutschen Raum waren sich darin einig, den Widerstand gegen Krieg und Terror zu verstärken und gleichzeitig alternative und gewaltfreie Konzepte zu entwickeln. In der Abschlusserklärung heißt es zum Schluss: „Wir nehmen das Heft selbst in die Hand und übernehmen Verantwortung für eine friedliche, gerechte und ökologische Welt. Wir werden Protestaktionen gegen den drohenden Irak-Krieg organisieren und uns an ihnen beteiligen. Wir unterstützen die Protestaktionen im Rahmen des Europäischen Sozialforums in Florenz Anfang November, gegen die NATO-Tagung in Prag Ende November und den Aktionstag „Wider-setzen“ am 8. Dezember vor der Europäischen Kommandozentrale der US-Streitkräfte EUCOM in Stuttgart. Wir rufen bereits heute dazu auf, sich an den Aktionen gegen die Sicherheitskonferenz in München am 8. Februar 2003 zu beteiligen. Wir unterstützen die Stellungnahme palästinensischer Intellektueller zur Beendigung der Selbstmordattentate und israelischer Offiziere gegen den Dienst in den besetzten Gebieten.“ www.dfg-vk.de

TRANSNET protestiert – 15 000 gegen Aus für Bahn-Reisezentren

HAMBURG. Mehr als 2000 Bahn-Kunden haben am 1. November in Hamburg, Hannover und Bremen gegen die Schließung von Reisezentren unterschrieben. Bundesweit sollten 300 Reisezentren geschlossen und 1800 Stellen gestrichen werden.

Nach Ansicht Zimmermanns wolle die

Bahn „den Rückzug aus der Fläche antreten.“ Kleinere Verkaufsstellen auf dem Lande sollten komplett geschlossen, in größeren Reisezentren Personal reduziert werden. Die Pläne seien angesichts der Einführung des neuen Preissystems im Dezember „ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten.“

Zimmermann vermutet, „dass die Bahn die Kunden bewusst dazu verdonnern will, ihre Fahrscheine über das Internet oder via Telefon zu buchen.“ „Wir werden die Aktion Ticket in der kommenden Woche fortsetzen“, kündigte das TRANSNET-Vorstandsmitglied an. Bislang hätten rund 15000 Menschen „vor Ort, via E-Mail oder über das Internet“ unterschrieben. www.gded.de

Proteste bei Übergabe der 700 Mio. Euro teuren neuen Fregatte

WILHELMSHAVEN. Am 31. Oktober 2002 wurde die Fregatte SACHSEN an die Bundeswehr übergeben. Lühr Henken und Dr. Peter Strutynski fassen die Proteste der Friedensbewegung dagegen zusammen: „Es handelt sich bei den Fregatten der „Sachsen“-Klasse nicht um einen bloßen „Ersatz“ für die drei altersschwachen Zerstörer der „Lütjens“-Klasse. Die drei neuen Fregatten werden erstmals in der Lage sein, im weltweiten Seekriegseinsatz einen gesamten Einsatzverband vor Beschuss zu schützen. Die Marine plant, von fünf deutschen Einsatzverbänden ständig zwei im Einsatz zu haben. Im Einsatzverband ist die vergleichsweise große Fregatte das zentrale Schiff, von wo der Einsatz geführt wird. – Die Fregatten der „Sachsen“-Klasse gelten als Referenzschiffe für den Kriegswaffenexport. Dabei sind die deutschen Werften des Deutschen Fregattenkonsortiums Blohm+Voss, HDW und TNSW mit einem Weltmarktanteil beim Fregattenexport von 60 Prozent in den 90er Jahren führend.

Der Bundesausschuss Friedensrat-

schlag fordert • den sofortigen Stopp des Fregatten- und Korvettenprogramms der Deutschen Marine und das Verbot aller Waffenexporte • die Auflösung der „Einsatzkräfte“ der Bundeswehr • den Vorrang des Ausbaus von Mechanismen nicht-militärischer Konfliktlösungen • eine Steigerung der Sozial- und Bildungsausgaben zulasten der Rüstungsausgaben • die unverzügliche Einleitung einer Strukturpolitik von Bund, Land und EU, die die Rüstungsproduktion auf zivile Güter umstellt (Konversion).

www.uni-kassel.de/fb10/frieden

Aktionen gegen Naziaufmarsch am „Volkstrauertag“ in Halbe

HALBE (BEI BERLIN). Für den 17. November 2002 haben norddeutsche Nazistrukturen um den Nazi-Kader Christian Worch einen „Trauermarsch“ in Halbe unter dem Motto: „Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten!“ angekündigt. Unterstützt wird der Aufruf von diversen „Freien Kameradschaften“.

In Halbe fand 1945 eine der letzten Kesselschlachten des II. Weltkrieges statt. Der Waldfriedhof in der Gemeinde Halbe (45 km südöstlich von Berlin) gilt mit 22.000 begrabenen deutschen Soldaten als einer der größten Soldatenfriedhöfe in Deutschland.

Ein breites Bündnis von antifaschistischen Initiativen aus Berlin und Brandenburg hat diverse Gegenaktivitäten angekündigt. So wird es eine Mahn- und Gedenkundgebung am Friedhof, eine antifaschistische Demonstration vom Bahnhof durch Halbe und diverse Informationsveranstaltungen im Vorfeld geben. Auf der Mahn- und Gedenkundgebung „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg“ am Haupteingang des Waldfriedhofs Halbe soll von 11–18 Uhr den ermordeten sowjetischen ZwangsarbeiterInnen und den deutschen Wehrmachtsdeserteuren gedacht werden, die ebenfalls auf dem Waldfriedhof begraben

liegen. Hier wird u.a. der Vorsitzende der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V., Ludwig Baumann, eine Rede halten.

Die Mahn- und Gedenkkundgebung ist angemeldet, doch die OrganisatorInnen rechnen mit juristischen Behinderungen. Silvio Kurz, Sprecher des unabhängigen Antifa-Bündnisses, äußert hierzu: „Es wird sich zeigen, ob eine Gedenkkundgebung für die Opfer des Nationalsozialismus zugunsten einer Glorifizierung von Nazi-Verbrechern verboten oder verlegt wird.“ www.halbe.da.ru

„Informatik, BWL – ist das der Weisheit letzter Quell?“

MANNHEIM. An die 400 Studierende aller Fachrichtungen äußerten am 30. Oktober mit Sprechchören und zahlreichen Transparenten wie z.B. „Informatik, BWL – ist das der Weisheit letzter Quell?“ oder „Geld statt Geist?“ ihren Unmut über die Pläne des Rektorats. Die Masse bildete ein eindrucksvolles Spalier für die zur Sitzung eintreffenden Senatsmitglieder. Rektor Hans-Wolfgang Arndt musste in der folgenden Sitzung des Senats der Universität schwer Federn lassen. Sein Diskussionspapier zur Zukunft der Universität Mannheim („Vision 2015“) erntete überwiegend Kritik. Insgesamt 7 Gegenvorschläge wurden von Senatsmitgliedern eingereicht. Ein Antrag des AStA auf Bildung einer Kommission mit Vertretern aus allen Fachbereichen zur Erstellung eines neuen Papiers wurde verworfen. Stattdessen wurde das Rektorat von den Senatsmitgliedern damit beauftragt, zur nächsten Sitzung eine komplett neue Version seines Strukturpapiers zu erarbeiten. Eine Entscheidung über das Slavistische Seminars stand nicht auf der Tagesordnung. Noch am Dienstag hatte Rektor Arndt in einem Interview mit dem Mannheimer Morgen die Schließung der Lehreinheit angekündigt – eine Entscheidung, die eigentlich in den Kompetenzbereich des Senats gehört. Aus diesem Grund musste sich Arndt vor dem Senat auch für seine Informationspolitik harsche Kritik gefallen lassen. www.asta.uni-mannheim.de



„Was nach uns kommt ist Schiete, denn wir sind die Elite!“

BERLIN. Die Eröffnung der Elite-Universität der deutschen Wirtschaft (ESMT) am 31.10. im ehemaligen Staatsratsgebäude Unter den Linden fand unter Polizeischutz statt. Zur Gründungsinitiative gehören u.a. DaimlerChrysler, Siemens und die Deutsche Bank. Die Sanierung des Gebäudes, veranschlagt auf 20 Mio. Euro, soll vom bankrotten Land Berlin übernommen werden. Gegen die Ziele • Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit deutscher Konzerne im internationalen Wettbewerb und im Rahmen kapitalistischer Globalisierung • Etablierung des Begriffs und der Funktion von Eliten im öffentlichen Diskurs • Marktförmige Zurechtweisung des Bildungswesens und seine verstärkte Privatisierung demonstrierten ca. 80 Menschen, vor allem Studierende, Linksruck und ATTAC (Bild).

www.stressfaktor.squat.net

Arbeitsloseninitiativen protestieren

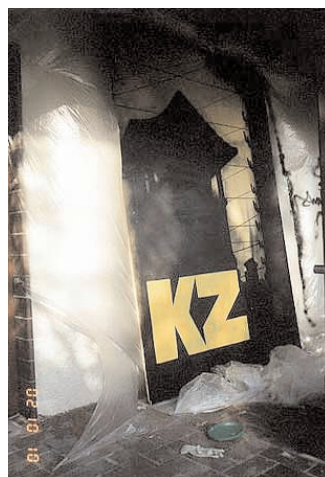
BIELEFELD. Anlässlich des Weltspartags (30. Oktober) der Banken und Sparkassen hat die bundesweite Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosen Gruppen (KOS) die von der Regierungskoalition geplanten Leistungskürzungen scharf kritisiert. Nach Berechnungen der Koordinierungsstelle hätte ein Bezieher von Arbeitslosengeld mit einem Kind und vormals durchschnittlichem Verdienst (Steuerklasse III) nach den Plänen der Bundesregierung zukünftig 80 Euro we-

niger pro Monat zum Leben. Die darüber hinaus bei der Arbeitslosenhilfe geplanten Einschnitte, führten nicht nur zu Einkommenseinbußen, sondern grenzten über ein Viertel der Langzeitarbeitslosen vollständig aus dem Leistungsbezug aus. „Die gewerkschaftlichen Arbeitslosen Gruppen werden nicht tatenlos zusehen, wie sie von Rot-Grün zu Sparschweinen der Nation gemacht werden“, erklärte die Gruppe. www.erwerbslos.de

Graffiti-Bildungswoche vom 6.–13. Oktober in Ravensbrück

RAVENSBRÜCK. 20 Sprüher aus Berlin-Schöneberg (Kinderladen Schöneberg) und aus Bernau (Jugendtreff DOSTO) im Alter zwischen 14 bis 21 Jahren beteiligten sich an der Graffiti-Bildungswoche in der Gedenkstätte/KZ Ravensbrück. Dabei wurden das Lebensgefühl und die kulturelle/ künstlerische Ausdrucksform der Jugendlichen in Verbindung mit der Auseinandersetzung um die Geschichte des Nationalsozialismus gesetzt und inhaltlich thematisiert. Also: Gedenkstättenpädagogik in Verbindung mit jugendkultureller Ausdrucksform. Ergebnis sind 14 beeindruckende Bilder, welche ab Januar 2003 als Wanderausstellung für Schulen, Jugendeinrichtungen oder Jugendinitiativen zur Verfügung gestellt werden kann. Wer Interesse an dieser Ausstellung hat, soll sich bitte unter Tel. 03338-5590 (Marc) oder dosto@bernau.net melden. Vier der 14 Bilder sind unten auf dieser Seite abgebildet.

www.umbruch-bildarchiv.de





Kampagne gegen Abschiebungen, Abschiebehaft, Abschiebelager

Am 2. November fand unter dem Motto „Tag der offenen Tür“ ein bundesweiter Aktionstag gegen Abschiebung, Abschiebehaft und Abschiebelager statt, u.a. in Berlin, Düsseldorf, Ingelheim, Hamburg, Hannover, Leipzig, Nürnberg, Regensburg, Rendsburg und Tübingen.

Dieser Aktionstag bildete den Auftakt zu einer bundesweiten Kampagne. Anlass ist die in Deutschland derzeit stattfindende Entwicklung, als Ergänzung zur Abschiebehaft ein neues Modell von Zwangsmaßnahmen gegen Flüchtlinge zu etablieren: Abschiebelager, die verarmlosend Ausreisezentren genannt werden. Diese neue Form der Ausgrenzung und Abschottung von Flüchtlingen und MigrantInnen ist im neuen sog. Zuwanderungsgesetz das ab 2003 in Kraft treten soll, ausdrücklich vorgesehen.

Die in diesen Lagern festgehaltenen Menschen sollen unter weitestgehendem Entzug ihrer Persönlichkeitsrechte und massivem behördlichen und psychologischen Druck zur freiwilligen Ausreise gezwungen werden. Die bereits bestehenden Modellprojekte in Braunschweig, Oldenburg und Bramsche (Niedersachsen), Ingelheim (Rheinland-Pfalz) und Halberstadt (Sachsen-Anhalt) sowie Fürth (Bayern) zeigen, dass diese Zwangsmaßnahmen mehr als die Hälfte der Betroffenen in die Illegalität treiben.

Mit der Bundeskampagne wollen die beteiligten Gruppen eine alternative Position zur derzeitig ausschließlich wahrnehmbaren Meinung in Bezug auf Flucht

und Migration etablieren. Diese alternative Position setzt nicht auf ein rigides Abschiebesystem, sondern räumt allen 6 Milliarden Mitgliedern der „menschlichen Familie“ (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte) das Recht ein, vor Verfolgung, Armut und Hunger zu fliehen und ihren Lebensmittelpunkt ihrer menschlichen Würde gemäß frei zu wählen. Sie fordern das Ende von Abschiebungen, Abschiebehaft und Abschiebelagern im Bewußtsein, dass Deutschland seine Verpflichtung zum Flüchtlingsschutz vernachlässigt: Während Großbritannien nach Angaben von Pro Asyl im Jahr 2001 ca. 40% aller Flüchtlinge Schutz gewährte, lag diese Quote in Deutschland 2001 bei 21,19% (nach §16a GG und Genfer Flüchtlingskonvention) und befindet sich seitdem im freien Fall (Jan. – Sept. 2002 nur noch 5,46%). Diese geringe Anerkennungsquote kann nicht den Flüchtlingen allein angerechnet werden, denn sie ist als beabsichtigtes Ergebnis der Asylgesetzänderung von 1993 hausgemacht.

Ebenfalls hausgemacht ist damit die gegenläufig steigende Zahl der Flüchtlinge, deren Asylbegehren abgelehnt wurden, die somit ausreisepflichtig sind, jedoch einen vorübergehenden Abschiebeschutz (Duldung) bekommen, da sie weder ausreisen noch abgeschoben werden können. Das sind derzeit 230.000 Menschen, 150.000 von ihnen leben bereits seit mehr als 5 Jahren in Deutschland.

www.abschiebehaft.de

Bericht von Insassen:

Die Verhältnisse im Abschiebelager Fürth

Die Zimmer sind ca. 15 qm groß, für zwei Personen. Es gibt eine Toilette, zwei Duschen, eine Waschmaschine und einen kaputten Trockner. Die Küche ist spartanisch eingerichtet, den Herd muss man alle 5 Minuten wieder einschalten, weil er sich danach automatisch abschaltet.

Das Essen ist auf das notwendigste beschränkt, es wird täglich in Esspaketen ausgegeben, die noch schlechter sind, als die Pakete im Heim nebenan.

Es gibt 40 Euro Taschengeld monatlich. Handys werden registriert, d.h. die Nummern notiert. Fernsehen und Radio sind untersagt. Die Residenzpflicht ist auf Fürth beschränkt, d.h. es ist verboten, das Stadtgebiet von Fürth zu verlassen. Wird jemand beim Übertreten erwischt, bekommt er ein Bußgeld, was ihn, weil er es nicht bezahlen kann, und sich die Bußgelder häufen, ins Gefängnis, erst in Strafhäft, danach in Abschiebehaft und nach gescheiterter Abschiebehaft wieder zurück ins Abschiebelager bringen kann. Arbeit und der Besuch von Deutschkursen sind untersagt.

Die medizinische Versorgung ist beschränkt, es muss vor dem Arztbesuch ein Krankenschein beim Sozialamt geholt werden, häufig werden nur Schmerzmittel verschrieben, d.h. Symptome behandelt.

Besuch ist nicht gestattet, nur mit Genehmigung der Regierungsbehörden, auch nicht, wenn eine ausdrückliche Einladung eines Lagerinsassen vorliegt. Ein Besucher, der einmal über den Zaun geklettert ist, um einen Bekannten zu besuchen, wurde von der Polizei festgenommen, aus dem Lager begleitet und zur Bushaltestelle gebracht. Er bekam überdies eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Die zynisch klingende offizielle



Aktion in Köln

2 Hellos Situation in deutschen Lagern ist grundgesetzwidrig - deshalb ruft er zum Widerstand auf

27 Schließlich kommt Hello am Dom an

keine abschiebung knäste lager

Begründung für die Verweigerung von Besuch ist „der Schutz der Privatsphäre der Insassen“.

Das Lager ist umzäunt, am Eingang ist ein Drehkreuz, das elektronisch geöffnet und geschlossen wird. Tag und Nacht sitzt ein Wachmann des Wach- und Schließdienstes Arndt hinter einem Fenster am Eingang. Der Wachmann übernimmt auch Hausmeisteraufgaben. Es gibt keine schriftliche Hausordnung, das einzige Personal ist der Wachdienst, was der Willkür Tür und Tor offenlässt.

Nachts patrouilliert der Wachdienst ca. stündlich mit Hund und bewaffnet mit Schlagstock und Elektroschockgerät durch das Lager, ca. 6 bis 7 Mann. Die Polizei schaut auch allabendlich mal vorbei. Die Insassen können das Lager verlassen, es gibt auch kein Zeitlimit. Sie müssen sich allerdings beim Verlassen und Wiederbetreten des Lagers von Wachmann registrieren lassen, d.h. der Wachmann notiert die Zeit, wann jemand geht und kommt und betätigt dann den elektrischen Drehkreuzöffner. Es ist auch bei Androhung von Taschengeldentzug untersagt, außerhalb des Lagers zu übernachten.

Bis jetzt haben 47 Personen Einweisungsbescheide erhalten, davon sind über die Hälfte untergetaucht, 2 Afrikaner wurden mit Handschellen ins Lager gebracht, von den ca. 12–15 Menschen, die sich dauerhaft im Lager aufhalten, wollen 5 das Land verlassen, weil sie die Verhältnisse dort nicht ertragen. Die meisten kommen aus GUS-Staaten, weil die Behörden sich ausrechnen, dass mit diesen Staaten Rückführungsabkommen geschlossen werden können. Bisher sind die meisten GUS-Staatler Russen, es gibt aber auch einen Tschetschenen, der einen Einweisungsbefehl bekommen hat, obwohl er bisher mit einer deutschen Frau zusammengelebt hat, gemeinsam gemeldet war und Heiratspläne hat. Das Konfliktpotenzial ist abzusehen, wenn



Tschetschenen, Russen, Weißrussen, Georgier, Armenier und Aserbeidschaner auf so engem Raum zusammengepfercht werden. Auch dies erscheint als ein Teil der Zermürbungsstrategie.

Alle zwei Tage sind Befragungen. Wer zu den Befragungen nicht erscheint, dem wird das Taschengeld gekürzt. Es gibt Besprechungslisten, wer zu den Befragungen wann erscheinen soll. Die Befragungen laufen folgendermaßen ab: Für die Befragungen werden momentan ABM-Kräfte eingesetzt, weil die Wohlfahrtsverbände sich weigern, bei diesem Konzept mitzuspielen. Oftmals sind das russische Spätaussiedler oder jüdische Kontingentflüchtlinge, die nicht besonders gut auf Russen zu sprechen sind. Die Befrager versuchen die Leute zu überreden: „Geh doch nach Russland zurück, da ist es schön. Da kannst du eine Firma gründen und Material aus Deutschland mitnehmen. Hier hast du keine Perspektive, geh zurück nach Russland, da hast du es besser.“ Und das zu Menschen, die von 40 Euro Taschengeld im Monat leben, die z. T. vor dem Kriegsdienst in Tschetschenen geflohen sind, und denen bei Rückkehr heftige Strafen (zwischen 10 und 25 Jahre Gefängnis) drohen und sich der russische Staat weigert, sie überhaupt noch als Staatsbürger anzuerkennen und Papiere auszustellen. Systematischer Zynismus als Strategie zur Zermürbung.

Weitere Fragen sind: „Was ist die Hauptstadt deines Landes? Wer ist der Präsident deines Landes? Kennst du ein russisches oder weißrussisches Lied? Kannst du mir deinen Heimatort auf der Landkarte zeigen?“ Es wird ja grundsätzlich angenommen, dass die Menschen absichtlich ihre Identität verschleiern. Deshalb werden sie z.B. geködert mit einer Arbeitserlaubnis, falls sie ihre Identität preisgeben. Den Job müssten sie sich natürlich selber suchen und obendrein würden sie sowieso recht schnell abgeschoben, weil eine Identität, die den Behörden nicht passt, wird sowieso meistens nicht geglaubt.

Gelegentlich wurden Befragungen auch vom Leiter der zuständigen Behörde in Ansbach, Meisner, durchgeführt.

Ein Insasse des Lagers ist schon seit elf Jahren in Deutschland, hat Freunde und Bekannte hier und entspricht daher so überhaupt nicht dem Bild des gerade frisch Eingetroffenen, der sich gar nicht erst hier integrieren soll. Seine bestehenden Beziehungen werden zerschlagen, da er aus Bamberg kommt und wegen der Residenzpflicht nicht dorthin fahren darf. Ein anderer sitzt in diesem Lager, dessen Eltern schon als ZwangsarbeiterInnen in Deutschland arbeiten mussten und dessen Mutter eine Entschädigung von 400 DM vom Roten Kreuz bekam!

Ein Insasse beschrieb seine Eindrücke über das Lager sehr subjektiv als „Hochsicherheitsstrakt mit Freigang“ und äußerte, Abschiebehaft wäre noch besser als dieses Lager, denn 1. sei das Essen besser, 2. es sei möglich, Besuch zu empfangen, 3. es gäbe Fernsehen und Radio, 4. der Aufenthalt sei begrenzt, nach spätestens 18 Monaten muss die Abschiebehaft beendet werden, alle 3 Monate wird sie überprüft, während der Aufenthalt im Abschiebelager unbegrenzt ist.

Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen Nürnberg, 30.10.2002

www.ausreisezentren.cjb.net/



5 Ab 2003 soll Hello in Ausreisezentren zubringen, um zur freiwilligen Ausreise gezwungen zu werden



7 Hello protestiert gegen die rassistischen Zwangsmaßnahmen, z.B. die der Stadt Köln



6 Fotos zeigen die unmenschlichen Verhältnisse in Deutschlands Lagern, in denen Hello leben muß



33 Es kommt der Gedanke auf, daß das Museum Ludwig ein angemessener Platz für Hello sein könnte



46 Eine Woche ist ihm hier zugeordnet - als Mahnung, auch Hello die Menschenrechte zu gewähren

Die vollständige Bildreportage zum Aktionstag in Köln bei:
www.arbeiterfotografie.com

Aufenthaltsstatus für MigrantInnen verbessern:

ESSEN. Die PDS stellt im Rat einen Antrag zur Verbesserung des Aufenthaltsstatus von MigrantInnen. Darin wird die Verwaltung aufgefordert zu prüfen, ob und wie in Essen lebende MigrantInnen gezielt darauf aufmerksam gemacht werden können, dass es für sie sinnvoll sein kann, vor dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis bzw. eine Aufenthaltsberechtigung zu beantragen. Nach dem Zuwanderungsgesetz, dass am 1.1.2003 in Kraft tritt, gibt es für hier lebende Migrant/innen nur noch zwei Aufenthaltstitel, die befristete Aufenthaltserlaubnis und die Niederlassungserlaubnis (Daueraufenthaltsstatus). Nur wer bisher eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder eine Aufenthaltsberechtigung hat, bekommt eine Niederlassungserlaubnis. Einen Anspruch auf eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis hat nach derzeitigem Recht jede/r, der fünf Jahre im Besitz einer befristeten Aufenthaltserlaubnis ist, eine Arbeitsberechtigung besitzt, sich auf einfache Art mündlich in deutsch verständigen kann und über ausreichend Wohnraum verfügt. Auch andere Voraussetzungen für einen Daueraufenthaltsstatus werden verschärft. So werden ab dem 1.1.2002 schriftliche Deutschkenntnisse verlangt. Das kann zu einer größeren Hürde werden. Die PDS will mit ihrem Antrag auch entsprechende Aktivitäten des Ausländerbeirates unterstützen. Dieser hat sich bereits mit der Problematik befasst und versucht ebenfalls, die Betroffenen und eine breitere Öffentlichkeit zu informieren.

www.pds-essen-im-rat.de

GAG-Wohnungen nicht verkaufen!

KÖLN. CDU, FDP und der Kämmerer wollen die GAG-Aktien zu einem Spottpreis weit unter Marktwert verschern. Ist im Ratsbeschluss unter „Mieter kaufen Wohnungen“ festgelegt, dass die GAG-Wohnungen zum „Marktwert“ verkauft werden sollen, gelten bei den großen Konzernen andere Regeln. § 90 der Gemeindeordnung (GO) regelt, dass Vermögensgegenstände „nur zu ihrem vollen Wert veräußert werden“ dürfen. Neben §90 GO verstößt die Kämmerei auch gegen §111, der klarstellt, dass öffentliche Unternehmen nur verkauft werden dürfen, wenn die für „die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung ... nicht beeinträchtigt wird.“

Die PDS fordert, dass die Kommunen verpflichtet werden, 15 Prozent vom Gesamt-Wohnungsbestand für die Daseinsvorsorge zu halten. Mit der Privatisierung von GAG/Grubo hat Köln null Prozent! Ratsmitglied Jörg Detjen: „Der neue Wohnungsgesamtplan beweist, dass ‚Besserverdienende‘ nach Köln ziehen und Menschen die sich hohe Mieten

nicht mehr leisten können, ins Umland umziehen. Eine beschämende Entwicklung, die der Stadtrat nicht akzeptieren darf.“ www.pds-koeln.de

Deutscher Städtetag und GTZ arbeiten zusammen: BERLIN. Der Deutsche Städtetag und die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH wollen sich künftig gemeinsam dafür einsetzen, die kommunale Selbstverwaltung in den Entwicklungsländern stärker zu fördern.

Ein GTZ-Experte wird zwei Jahre lang in der Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städtetages Modelle entwickeln, mit deren Hilfe kommunale Erfahrungen in die Entwicklungszusammenarbeit eingebracht werden können. Durch das fachliche Know-how des Deutschen Städtetages und die Projekterfahrung der GTZ soll der Aufbau leistungsfähiger kommunaler Verbände und Selbstverwaltungen in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unterstützt werden. „Auf diesem Weg können beide Partnerstädte von einander profitieren“, sagte Articus.

Die deutschen Kommunen gewinnen nicht nur wichtige Wirtschaftskontakte, sondern auch viele neue internationale Beziehungen dazu. „Die kommunale Selbstverwaltung hat sich in Deutschland bewährt, sie wird zum Export-schlager werden, denn ihr Ruf ist in den Entwicklungsländern sehr gut“, so Articus. Für die GTZ stelle die Beratung bei der Dezentralisierung, somit auch die Stärkung kommunaler Strukturen in Entwicklungs- und Transformationsländern, einen Schwerpunkt ihrer Arbeit im Auftrag des Bundesentwicklungsministeriums (BMZ) dar. In 63 Ländern der Welt ist die GTZ mit eigenen Büros vertreten. www.staedtetag.de

Zuwanderungsgesetz: BERLIN, KÖLN. Die kommunalen Ausländerbehörden sehen sich aus heutiger Sicht nicht in der Lage, das Zuwanderungsgesetz zum 1. Januar 2003 ordnungsgemäß umzusetzen. Die wichtigen Rechtsverordnungen zum Aufenthaltsgesetz, insbesondere zu den Integrationskursen für Ausländer, lägen zwar im Entwurf vor, würden aber immer wieder abgeändert und frühestens Ende November im Bundesrat verabschiedet. Die für eine einheitliche Auslegung des Gesetzes wichtigen Verwaltungsvorschriften und Anwendungshinweise seien noch gar nicht bekannt. Das bundesweite Ausschreibungsverfahren für die Sprachkurstäger laufe noch. Dies alles führe dazu, dass die Mitarbeiter der kommunalen Ausländerbehörden auf ihre vielen neuen und schwierigen Aufgaben derzeit nicht angemessen vorbereitet werden könnten. www.staedtetag.de

Zusammenstellung: ulj

ver.di-Dokument

Wie SPD und PDS Solidarität definieren

Der Senat von Berlin hat am 17. Oktober 2002 die Gespräche zum „Solidarpakt“ scheitern lassen. Die Konfrontation war gewollt; auch der Zeitpunkt war offensichtlich initiiert.

Unsere Befürchtungen haben sich damit leider bestätigt. *Der Senat von Berlin war nie an einem wirklichen Interessenausgleich mit den Gewerkschaften interessiert.* SPD und PDS haben sich keinen Millimeter auf uns zubewegt – im Gegenteil.

Wie schon bei anderen Maßnahmen (z.B. Änderung des Einkommensangleichungsgesetzes, Arbeitszeiterhöhung der Beamtinnen und Beamten/West, Verschlechterung der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten) wurden auch beim „Solidarpakt“ vollendete Tatsachen geschaffen, die nur noch durch die Gewerkschaften hätten abgesegnet werden sollen.

Seit einem Dreivierteljahr war allen politisch Beteiligten klar, dass die Gewerkschaft ver.di einer tariflichen Öffnungsklausel nicht zustimmen kann. Ebenfalls unrealistisch war das Diktat des Senats von Berlin, zwischen 2003 und 2006 von den Beschäftigten 1,75 Mrd. Euro als Notopfer abzuverlangen. Dennoch haben SPD und PDS bis zuletzt ultimativ daran festgehalten. Das Scheitern des „Solidarpaktes“ war also vorhersehbar; es war kalkuliert.

Nach wie vor gilt unser Angebot an den Senat von Berlin, in den Arbeitsgruppen weiter nach Sanierungspotentialen zu suchen, die auch von den Beschäftigten

PDS-Dokument

PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin,
MdA Marian Krüger, Oktober 2002, 25.10.2002

Solidarpakt aktuell

In Berlin wird derzeit viel vom Solidarpakt gesprochen. Es heisst, dass die Gewerkschaften die Gespräche mit dem Senat dazu abgebrochen haben und der Senat nun einseitig handeln will. Worum geht es?

Warum braucht Berlin einen Solidarpakt?

Tatsache ist, Berlin hat 45 Milliarden Euro Schulden. Nur zur Verdeutlichung: Das ist in etwa so viel wie die Hilfe für zwei Flutkatastrophen. Ein Ausdruck der finanziellen Misere ist neben vielem anderem, dass sich Berlin deutlich mehr Personal in den Verwaltungen leistet als andere Länder in der Bundesrepublik. Für Personalkosten gibt die Stadt derzeit über 7 Milliarden Euro aus. Dem stehen Einnahmen des Landes durch Steuern von ca. 8 Milliarden Euro gegenüber. Massiver Stellenabbau lautete die einzi-

In dem Konflikt um die Finanzierung des öffentlichen Haushaltes des Landes und der Stadt Berlin und der privaten Arbeitnehmerhaushalte in Berlin hat sich der SPD-PDS-Senat entschlossen, die kommunale Arbeitsgebervereinigung zu verlassen. Das ist eine Kampfansage an den Flächentarifvertrag. Wirtschaftlich ist der betriebsübergreifende Tarifvertrag wichtig, weil er Anbieter, die nicht in der Lage sind, Standardlöhne zu zahlen, vom Markt nimmt. Diese Härte, die dafür sorgt, dass Arbeitskraft nicht leichtfertig und nicht zu unzureichenden Bedingungen verbraucht wird, setzt die Arbeitslosenversicherung und die Verpflichtung der Öffentlichkeit, den Lebensunterhalt Erwerbsloser zu garantieren, voraus. Geht im Wirtschaftsleben eine Firma unter, so sind es auch empirisch fast nie die tariflichen Lohnkosten, sondern Probleme beim Absatz. Es ist klar, dass die Beschäftigung in öffentlichen Diensten aus diesem Schema herausfällt. Die öffentliche Hand ist als Verwaltung Anbieter der Dienstleistung. Die öffentliche Nachfrage nach den Diensten realisiert sich nicht über das Marktgeschehen, sondern über die Fähigkeit, Steuern und Abgaben ein-

zuholen. Kommt ein schlimmer Finger der öffentlichen Hand aus irgendwelchen Gründen überdurchschnittlich leicht an Steuermittel heran, (West-Frontstadt, Ost-Hauptstadt, Regierungssitz), bauen sich sachlich und auch personell Strukturen auf, die ruinös sind. Weil es keine

Land Berlin

SPD/PDS/ver.di im Konflikt

Kunst ist, Leute mit Unnützem in Trab zu halten, kann daraus nicht folgen, dass in solchen Fällen die Tariflöhne zu sinken hätten. Zur Debatte steht viel eher die Struktur des Dienstleistungsangebotes. Hier stünde manches an, u.a. das komplette Beamtenrecht. Auch fragt sich, wer für die Fehlentwicklungen haftet. Ein Kapital, das sich so daneben entwickelt hätte, ginge unter. Für eine Gebietskörperschaft werden die Steuerzahler / Wähler haften müssen, es werden die privaten

Haushalte bei den Abgaben herhalten müssen, es werden die Beschäftigten herhalten müssen, denn Umstrukturierungen sind anstrengend. Es werden auch manche „Positionen“, die über Marktwert bezahlt wurden, verschwinden und manche Nutznießer unmäßig vorteilhafter Geschäfte mit der öffentlichen Hand Verluste hinnehmen müssen. Aber die Tarife, die regeln, was die einzelne Arbeitskraft letztlich pro Stunde angestrebter Arbeit erhält, brauchen und sollten nicht aufgehoben werden. Dazu wird nur greifen, wer die schwierige Situation der Gebietskörperschaft Berlin ausnutzen will, um den Kompromiss zwischen Lohnarbeit und Kapital, der im Flächentarifvertrag verfestigt ist, zu Ungunsten der Lohnarbeit aufzubrechen. Das kann zu einer schweren Verwerfung zwischen Arbeiterbewegung und Linksparteien führen. Das schafft Raum für die Entwicklung von Rechtsparteien, christlich konservativen oder nationalistischen. Das ist ein dramatischer Missgriff, der irreparabel wird, wenn SPD und PDS nicht zu einer Diskussion der Neukonzipierung der öffentlichen Dienste zurückfinden. maf

akzeptiert werden können. Und er wäre gut beraten, seine Androhungen von einseitigen Maßnahmen (siehe unten) zurückzunehmen.

Warum der Solidarpakt unsolidarisch ist

1. Nach monatelangen ergebnislosen Gesprächen und Sondierungen hat der Senat von Berlin am 30. September und 17. Oktober 2002 offiziell seine Forderungen für einen „solidarischen Beschäftigungspakt“ den Gewerkschaften DGB – ver.di – GEW – GdP vorgelegt. Danach

halten SPD und PDS weiterhin an ihrem Ziel fest, in den Jahren 2003 bis 2006 insgesamt 1,75 Milliarden Euro Personalkosten zu reduzieren, die durch Verzicht auf Einkommensbestandteile bei Arbeiterinnen und Arbeitern, Beamtinnen und Beamten sowie Angestellten des unmittelbaren Landesdienstes realisiert werden sollen. Als Ausgleich wird eine Arbeitszeitverkürzung und eine Verlängerung der Beschäftigungssicherungsvereinbarung in Aussicht gestellt. 2. Diese Senatspolitik gegenüber den

Beschäftigten und ihren Gewerkschaften ist *ultimativ und erpresserisch*. Bei der Aufstellung der Finanzplanung 2002–2006 (Eckwertebeschluss im Februar dieses Jahres) wurden Personalkostenreduzierungen von jährlich 250 Mio. Euro und 500 Mio. Euro (2003–2006) eingestellt, ohne dass dafür eine vertragliche Grundlage oder eine gesetzliche bzw. tarifpolitische Realisierbarkeit besteht. Dem Abgeordnetenhaus von Berlin gegenüber handeln der Senat und die Koalitionsparteien mit *ungedeckten Schecks*. Ihre

ge Lösung, die in den vergangenen Jahren dazu von der Großen Koalition vorgeschlagen worden war. Von 1996 bis 2000 wurden bereits 23.000 Stellen im unmittelbaren Landesdienst abgebaut.

PDS und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, trotz der akuten Haushaltsmisere im Zeitraum 2002 bis 2006 lediglich ca. 12.000 Stellen im Gegenwert von 500 Mio. Euro abzubauen. Um in dieser Zeit insgesamt etwa 1 Milliarde Euro im Personaletat zu sparen was notwendig ist, damit Berlins Schuldenberg nicht weiter wächst, sollten zugleich auch die Ausgaben pro Stelle gesenkt werden. Vorgeschlagen wurde dazu, die aktuellen Löhne für eine befristete Zeit einzufrieren und geplante Tarifsteigerungen mit Freizeit auszugleichen. Das heißt: Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich. Niedrige Einkommensgruppen natürlich ausgenommen. Mit diesen Einsparungen könnte in Berlin unter anderem die Neueinstellung von 7.000 jungen Leuten im öffentlichen Dienst, vor allem von Lehrerinnen und Lehrern, gesichert werden. Gleichzeitig wurde den Beschäftigten des öffentlichen

Dienstes der Schutz vor Kündigungen angeboten.

Unmittelbar vor den Ende Oktober 2002 auf Bundesebene beginnenden Tarifverhandlungen unterbreitete der Senat ein Angebot, das es rechtlich möglich machen sollte, in Berlin für einen Übergangszeitraum Tarifierhöhungen für die Beschäftigten in Form von Freizeitgewinn abzugelten.

Wie lautete das Angebot des Senats im Detail?

Das beschäftigungspolitische Ziel des Senats bestand darin, einen Einstellungskorridor für etwa 7.000 junge Leute, davon 4.000 Lehrer, 1.900 Polizisten, 200 Feuerwehrleute, sowie Hunderte neuer Stellen in der Justiz und in den Finanzämtern zu sichern. Darüber hinaus sollte der besondere Kündigungsschutz für den gesamten öffentlichen Dienst verlängert werden (Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen). Weiterhin war die Einführung der 37-Stunden-Woche als Ausgleich für Einkommensverzichte der Beschäftigten bis 2006 für den gesamten öffentlichen Dienst vorgesehen.

Das tarifpolitische Ziel des Senats bestand in folgenden Punkten: Für einen Übergangszeitraum von 4 Jahren sollten Tarifierhöhungen und Besoldungsanpassungen mit Freizeit abgegolten werden. Für jeweils 3 Jahre sollten das Urlaubsgeld und – beschränkt auf die höheren Einkommensgruppen – das Weihnachtsgeld ausgesetzt werden. Danach sollten die Tarife wieder nach dem Prinzip des Flächentarifvertrages auf das geltende Bundesniveau angeglichen werden. Der Vorwurf, SPD und PDS in Berlin würden dauerhaft aus dem deutschen Tarifsystem aussteigen wollen, ist daher grundlos und unberechtigt.

Am 17. Oktober 2002 haben die Gewerkschaften einseitig die Gespräche über einen Solidarpakt für den öffentlichen Dienst abgebrochen. Das Arbeitgeberangebot für den Berliner öffentlichen Dienst, das nicht nur Kündigungsschutz, sondern auch einen Neueinstellungskorridor im Tausch gegen Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich vorsah, wurde als „Erpressung“ verdammt. Eine tarifpolitische Öffnungsklausel wurde von den Gewerk-

➔ Politik war und ist darauf ausgerichtet, den öffentlichen Dienst zu isolieren, ArbeitnehmerInnen und Verbände gegeneinander auszuspielen und die Gewerkschaften als Konsolidierungsverhinderer anzuprangern. So soll der Weg für weitere einschneidende Maßnahmen geebnet und die *Schulduzuweisung an die Gewerkschaften* in der Öffentlichkeit weiter verstärkt werden.

3. Die Bereitschaft der DGB-Gewerkschaften, in den paritätischen Arbeitsgruppen über „Zukunftsfragen der öffentlichen Dienstleistungen im Land Berlin und über Strukturveränderungen zur Haushaltsentlastung außerhalb tarifrechtlicher und beamtenrechtlicher Regelungen“ zu sprechen, wurde von der Senatsseite nie ernsthaft aufgegriffen. Im Gegensatz zu den Gewerkschaften, die weiterhin bereit sind, Konsolidierungsfragen unterhalb rechtlicher Regelungen zu erörtern, hat der Senat am 30. September 2002 diese Arbeit aufgekündigt.

Es bleibt deshalb festzustellen:

- Der Senat von Berlin ist an einer wirklichen Modernisierung und Optimierung der Berliner Verwaltung, unter Einbeziehung der Beschäftigten, der Gewerkschaften sowie der Bürgerinnen und Bürger offensichtlich nicht interessiert.
- Es ist keine Bereitschaft zu erkennen, unsolidarische und unsoziale Beschlüsse zu korrigieren oder zu kompensieren.
- Die Politik von SPD und PDS orientiert sich ausschließlich an der Haushaltssanierung. Dies soll überwiegend durch Personalabbau, Privatisierung, Leistungseinschränkungen und durch Tarifflicht im öffentlichen Dienst realisiert werden.

Die Koalition verfolgt weiterhin das Ziel, den öffentlichen Dienst auf ver-

meintliche „Kernaufgaben“ zu reduzieren und dabei weitere 60.000 bis 80.000 Arbeitsplätze abzubauen. Diese „Verwaltungsmodernisierung“ wird darüber hinaus als Tarnkappe für eine groß angelegte Privatisierungsstrategie missbraucht.

4. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, dass das Land Berlin zwischen 1992 und 2002 bei den öffentlichen Verwaltungen insgesamt ca. 62.000 Arbeitsplätze vernichtet hat, können weder der Senat von Berlin noch Kritiker des öffentlichen Dienstes ernsthaft erwarten, dass die Beschäftigten sich für „Reformen“ engagieren, die den weiteren Abbau von Arbeitsplätzen und materielle Verluste bedeuten.

5. Die Absicht des Senats von Berlin, allein von den Beschäftigten des unmittelbaren öffentlichen Dienstes ein Sonderopfer zu verlangen, das erhebliche Einschnitte in ihre wirtschaftlichen Verhältnisse bedeuten würde, ist unsolidarisch und nicht zu rechtfertigen. Die Parteien im Abgeordnetenhaus, der Senat von Berlin, aber auch weite Teile der Öffentlichkeit, müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass Versäumnisse in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik der letzten zwölf Jahre sowie politisches Missmanagement (wie z. B. bei der Bankgesellschaft Berlin) unsere Stadt in diese Lage gebracht haben. Die hartnäckige Forderung nach einem „Solidarpakt“ unterstellt letztlich, dass rund 150.000 Beschäftigte schuld an dieser Entwicklung seien und dass fast die Hälfte von ihnen überflüssig sei.

6. Die Auswirkungen eines tarifpolitischen Sonderwegs in Form des „Solidarpaktes“ sind gravierend. Die Forderung, auf Einkommenssteigerungen (z. B. 2 %) sowie auf Urlaubsgeld und Anteile

des sogenannten Weihnachtsgeldes zu verzichten, verschlechtert die individuellen finanziellen Rahmenbedingungen zwischen 8 und 10 %. Die jährlichen Einkommensverluste schwanken je nach Einstufung und steuerlicher Stellung zwischen 2100 und 6000 Euro. Prozentual gesehen werden dabei die unteren Vergütungs- und Lohngruppen stärker belastet. Mit diesen Einkommensverlusten verursacht das Land Berlin

- Schwächung von Handel und Industrie durch Verlust von Kaufkraft,
- Mindereinnahmen bei der Lohnsteuer,
- Belastung der Sozialversicherungen und

- Einbußen auf die Rentenleistungen.

7. Die Senats-Modellrechnung, die den Gewerkschaften am 30. September 2002 präsentiert wurde, geht von der falschen Annahme aus, dass alle drei Statusgruppen in den Verzicht einzubeziehen sind. Selbst unter der Voraussetzung, dass die Gewerkschaft Verdi einem solchen „Solidarpakt“ zustimmen würde, könnten nur Angestellte und Arbeiterinnen und Arbeiter einbezogen werden. Weder der Senat von Berlin noch das Abgeordnetenhaus oder die Gewerkschaft Verdi hätten Einfluss auf die Gehälter der Beamtinnen und Beamten, da das Besoldungsrecht für sie Bundesangelegenheit ist.

Daraus resultiert, dass letztlich nur 70.598 Beschäftigte (ArbeiterInnen/ Angestellte) die „Solidarpakt“-Summe von 1,75 Mrd. Euro zu erbringen hätten. Die individuellen Einbußen lägen dementsprechend zwischen 16 und 20 %. Damit ergeben sich Einkommensverluste zwischen ca. 4200 und 12000 Euro jährlich.

8. Die Politik von SPD und PDS benachteiligt Arbeiterinnen und Arbeiter,

➔ schaften abgelehnt. Damit kommen auf Berlin unter Umständen Tarifierhöhungen von ca. 3,5 Prozent zu, was mit etwa 260 Mio. Euro zusätzlich pro Jahr aus dem Landeshaushalt bezahlt werden muss. Woher aber soll Berlin diese weiteren Mittel nehmen? Nur mit einem Solidarpakt können die beschäftigungspolitischen Interessen der Stadt und die tarifpolitischen Ziele der Gewerkschaften zur Deckung gebracht werden.

Das Angebot der Arbeitgeberseite sollte den Einstieg in ergebnisoffene Verhandlungen ermöglichen. Im Ergebnis der Gespräche hätten beide Seiten Kompromisse machen müssen.

Welche Positionen vertritt die PDS-Fraktion?

Die Berliner PDS hat in Regierungsverantwortung das Angebot unterbreitet, über die Einführung der 35-Stunden-Woche für den gesamten öffentlichen Dienst nachzudenken. Damit war frühzeitig eine Ausgangsbasis geschaffen, um im Rahmen der Solidarpaktverhandlungen über Arbeitszeitverkürzungen zu re-

den. Zugleich sollte damit auch unter den schwierigen finanziellen Bedingungen der Stadt ein weiterer Schritt zur Angleichung der unterschiedlichen Arbeitszeiten von der Beschäftigten in Ost und West gegangen werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine soziale Staffelung der befristeten Verkürzungen auf Einkommenssteigerungen ein, d.h. die unteren und mittleren Einkommensgruppen sollen ausgenommen werden. Wer mehr bekommt, soll dagegen auch mehr abgeben. Ein Einstieg in solche, über das Angebot des Senats, das heißt der Arbeitgeberseite hinausgehenden Vereinbarungen ist jedoch nur möglich, wenn überhaupt verhandelt wird. Insofern sind wir über den Abbruch der Gespräche durch einen Partner sehr besorgt und bestürzt. Den Solidarbeitrag des öffentlichen Dienstes brauchen alle Berlinerinnen und Berliner. Es war nie die Rede davon, dass die Last der Haushaltsnotlage nur durch die Landesbeschäftigten geschultert werden müsse. Aber auch sie sollten einen Beitrag leisten: nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Welche Alternativen gibt es zu einem Solidarpakt?

Es gibt zu einem Solidarpakt Alternativen, aber keine guten. Die erste Alternative könnte darin bestehen, mehr Kredite aufzunehmen, d.h. die laufenden Einkommenserhöhungen für die Landesmitarbeiterinnen und -mitarbeiter durch neue Schulden zu finanzieren. Das hat die Große Koalition gerne getan. Es verschärft die Haushaltsnotlage allerdings weiter und bürdet Kindern und Enkeln unverantwortliche Lasten auf. Weiterhin könnte der Senat Initiativen zur Verbesserung der Einnahmesituation Berlins ergreifen, um die es insbesondere durch die Steuerpolitik unter Rot-Grün auf Bundesebene schlecht bestellt ist. Das geht über eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer Reform der Erbschaftssteuer – altbekannte Forderungen der PDS-Fraktion. Dafür hat die rot-rote Koalition bereits eine Bundsratsinitiative ergriffen. Was damit als Mehr an Mitteln in die Landeskasse kommen könnte, sollte jedoch nicht einfach in den Personaletat fließen, sondern bis auf wei-

Beamten und Beamte sowie Angestellte des öffentlichen Dienstes im Land Berlin in extremer Weise. Während sie den Durchschnittsverdienern tief in die Tasche greifen wollen, werden keine Anstrengungen unternommen, die Sanierung der Berliner Finanzen zu einer *gesamtstädtischen Aufgabe* zu machen und dabei Banken, Unternehmen, Organisationen und Verbände aller Arbeits- und Lebensbereiche mit heranzuziehen.

Schon bei der Veränderung des Einkommensangleichungsgesetzes hat die rot-rote Koalition ihr gespaltenes Verhältnis zur Gerechtigkeit dokumentiert. Auch im Hinblick auf den „Solidarpakt“ reißt ihre Politik neue Gräben in der Stadt auf.

9. Die Gewerkschaft ver.di in Berlin und Brandenburg kann aus grundsätzlichen tarifpolitischen Erwägungen, aber auch aus Gerechtigkeitsgründen und aus Solidarität mit den Beschäftigten des Berliner öffentlichen Dienstes einer „tariflichen Sonderregelung für das Land Berlin“ nicht zustimmen.

(Resolution der Funktionärskonferenz vom 15.10.2002)

Friss Vogel oder stirb

„Unser Angebot ist großzügig und fair – Lohnverzicht gegen Arbeitsplatzgarantie und Arbeitszeitverkürzung!“ (KLAUS WOWERIT 17.10.2002)

Vorschlag des Senats von Berlin zur Personalkostenreduzierung 2003–2006:

- Vierjähriger Verzicht auf Lohn- und Gehaltssteigerungen
- Dreijähriger Verzicht auf Urlaubsgeld
- Dreijähriger Verzicht auf das sogenannte Weihnachtsgeld in höheren Besoldungs- und Vergütungsgruppen
- Arbeitszeitverkürzung in Stufen auf 37 Wochenstunden

terez zum Abbau der drückenden Verschuldung eingesetzt werden. Darüber hinaus kann die Stadt jeden zusätzlichen Euro gut für die Sanierung von Schulen und Kitas gebrauchen. Einnahmeverbesserungen sind somit eine gute Sache, aber keine Alternative zu einem Solidarpakt.

Weitere Alternativen bestehen in einer Verlängerung der Arbeitszeit von Beamten auf 42 Wochenstunden, einer Verkleinerung des Einstellungskorridors allein bei Lehrerinnen und Lehrern um 1.600 und der Polizei um 860 Stellen sowie die Nichtverlängerung des besonderen Kündigungsschutzes für den öffentlichen Dienst (betriebsbedingte Kündigungen). Diese Maßnahmen entsprechen zwar nicht dem, was die Koalitionspartner unter guter Beschäftigungspolitik verstehen. Sie wären allerdings Ergebnis einer Politik der Besitzstandswahrung um jeden Preis und Folge einer Verweigerung des öffentlichen Dienstes, den notwendigen Solidarbeitrag für Berlin zu erbringen.

Was ist jetzt zu tun?

Einseitige Maßnahmen wie weniger Ein-

- Beschäftigungssicherung (ohne weitere Angaben)
- Einstellungskorridor nur bei Lehrern, Polizei, Feuerwehr und Justiz

Alternativen bei Nichteinigung mit den Gewerkschaften

- Arbeitszeitverlängerung für alle Beamten auf 42 Wochenstunden
- keine Neueinstellungen bei Polizei, Feuerwehr, Lehrern und Justiz
- Bundesratsinitiative, die Beamtenbesoldung zur Länderangelegenheit zu machen, und Wegfall des Urlaubsgeldes für Beamte
- Kündigung des Berliner Übernahmearbeitsvertrages zum 31.12.2003
- Ausstieg des Landes Berlin aus dem Verband kommunaler Arbeitgeber (VKA). Wegfall von zukünftigen Lohnsteigerungen für Arbeiterinnen und Arbeiter der Bezirksämter, Hauptverwaltungen und nachgeordneten Behörden ab 1.2.2003.
- Androhung von betriebsbedingten Kündigungen ab 2005

Entweder das eine oder das andere. So stellt sich das „großzügige“ Angebot des Senats von Berlin dar. Die nächsten Wochen werden darüber entscheiden, ob sich im Land Berlin die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften zur Wehr setzen müssen oder ob beim Senat von Berlin die Vernunft einkehrt, mit den Gewerkschaften ernsthaft über Personalkostenreduzierungen außerhalb tarifvertraglicher Regelungen zu verhandeln.

V.i.S.d.P.: Burkhardt Thiemann – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Grundsatzreferat, Köpenicker Straße 55, 10179 Berlin, Tel. 030/8631-1112, Fax: 030/8631-1906, E-Mail: burkhardt.thiemann@verdi.de, Oktober 2002

stellungen von jungen Leuten und Arbeitszeitverlängerungen sind ein letztes Mittel, wenn es keine Bereitschaft zu einem Solidarbeitrag der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gibt.

Die Blockade der Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Senat muss daher aufgelöst werden. Eine Wiederaufnahme der Gespräche auf der Basis des guten Angebots des Senats ist erklärter Wunsch sowohl der PDS- als auch der SPD-Fraktion. Auch in der Angelegenheit einen Moderator zu bemühen, halten wir für vorstellbar.

Die Mitglieder der PDS-Fraktion werden alle Möglichkeiten nutzen, um so viel wie möglich über den Solidarpakt zu reden und für ihn zu werben. (...)

Wenn es gelingt, die Ausgaben des Landes Berlin für den öffentlichen Dienst über den Solidarpakt mit denen anderer Bundesländer vergleichbar zu entwickeln, hat Berlin darüber hinaus gute Karten mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht die extreme Haushaltsnotlage betreffend erfolgreich zu sein.

Wirtschaft droht mit Rückzug beim Sponsoring.

– HB, Donners-
tag, 24.10.02. – Die Pläne von Wirtschaftsminister Eichel, den steuerlichen Spendenabzug von Unternehmen zu streichen, stoßen bei der Wirtschaft auf massive Kritik. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, R. Breuer, warnt vor einem herben Rückschlag für viele kulturelle Institutionen.

Deutsche Unternehmen beteiligen sich bei Messe im Irak.

„Es gibt im Vorfeld keine Signale seitens der USA, die ein Engagement von deutschen Firmen im Irak als Rückschlag werten würden“, so H.-J. Müller, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes des deutschen Groß- und Außenhandels. Hundert deutsche Unternehmen – zwölf weniger als 2001 – werden in Bagdad vertreten sein. Alle Teilnehmer betonen, dass sie sich strikt an die Regeln des Embargos halten.

Spitzenverbände der Industrie ver-

missen Perspektive für Unternehmen. – HB, Mittwoch, 30.10.02. – Es sei G. Schröder „nicht gelungen, den verheerenden Eindruck der Koalitionsvereinbarung auf die Wirtschaft zu korrigieren“, so die Vertreter von BDI, BDA, ZDH und DIHK im Anschluss an die Regierungserklärung des Kanzlers. Sie reklamieren ein „Gesamtkonzept für eine nachhaltige Entlastung“. Die Verbände werteten Schröders „Ankündigung von Reformkommissionen für Gesundheit und Rente“ als Hoffnungs-schimmer.

Clement erntet Lob.

– HB, Freitag, 31.10.2002. – Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages M. Wansleben lobt, endlich wolle Clement die Belastungen der Unternehmen in den Bereichen Statistik und Verwaltung abbauen und die Verbesserung der Vergabe von Fördermitteln durch die Deutsche Ausgleichsbank mache den Mittelstand hoffnungsfroh.

BDA-Präsident VfB-Aufsichtsrat-Vorsitzender.

– HB, Freitag/Samstag, 1./2. 11.2002. – Neben D. Hundt (BDA) gehören dem Vorstand weiter an: G. E. Mäuser, Leiter Zentrales Marketing bei der Porsche AG. H. D. Sauer, Vorsitzender des Vorstandes bei der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart. Geschäftsfeldvorstand Mercedes-Benz Pkw & Smart, DaimlerChrysler AG, J. Schmidt. B. Schreier, Vorstandsvorsitzender der Heidelberger Druckmaschinen AG. Hundt: „Der VfB ist einer der traditionsreichsten Vereine und ein wichtiger Standortfaktor in der Region.“

Presseauswertung: rst

PDS NRW will Kommunalwahlen 2004 vorbereiten.

Eher ermutigend sind die Ergebnisse des Landesparteitages der PDS in Nordrhein-Westfalen, der am 1.11.2002 in Köln stattfand. „Wir machen weiter!“ war das vielleicht wichtigste Signal der mit rund 200 Mitgliedern ausgesprochen gut besuchten Versammlung. Und trotz aller Kontroversen, die es nach der Niederlage bei der Bundestagswahl gab und gibt, wurde der Leitantrag des Landesvorstandes mit nur wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.

In dem Papier „Strukturen stabilisieren – neue Herausforderungen annehmen!“ sprechen sich die Mitglieder der PDS in NRW für eine Mitgliederwerbekampagne aus, die ohne Ausbildungsmöglichkeiten nicht nur für neue Mitglieder nicht funktionieren wird. Sie haben Punkte zur Stärkung der „inhaltlichen Kompetenz“ des Landesverbandes insbesondere in den Bereichen Bildungs- und Schulpolitik sowie Innenpolitik, Demokratisierung und Migration beschlossen, wollen den Aufbau der Kreisverbände voranbringen und die Eigenfinanzierung der politischen Arbeit stärken.

Der für NRW, wo die PDS bei den Kommunalwahlen vor drei Jahren über 50 Mandate erhielt, vielleicht wichtigste Punkt: In Zusammenarbeit mit dem Kommunalpolitischen Forum NRW sollen die kommunalen Vertretungen gestärkt werden und auf einer Tagung im nächsten Jahr Schwerpunkte für die Arbeit in den kommunalen Vertretungen erörtert werden, die in „Leitlinien“ der PDS NRW für die Kommunalpolitik einfließen sollen. Dabei soll es u.a. um die Aufgaben der Kommunen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und im Sozialbereich gehen, um Alternativen zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Cross-Border-Leasing-Geschäfte und andere Finanzfragen sowie die kommunale Kulturpolitik. Viele Mitglieder der PDS NRW sehen die Kommunalwahlen 2004 als wichtigen Punkt an, bei dem es sich entscheidet, ob es gelingt, die Positionen der PDS in NRW zu halten und auszubauen.

Ebenfalls mit sehr großer Mehrheit beschlossen wurden ein Antrag des Landesvorstandes gegen den „sozialen Kahl-schlag“ in der Haushaltspolitik der rot-grünen Landesregierung und ein Antrag zur Unterstützung der Kampagne des Netzwerkes ATTAC zu den Verhandlungen über das internationale Dienstleistungsabkommen GATS.

Weniger harmonisch, aber ebenfalls überwiegend sachlich, ging es in der allgemeinen Debatte zu. Zur Diskussion lagen ein Positionspapier der „Reformer“ und zwei Anträge vor, u.a. einer des Linken Dialogs mit dem nach Ansicht vieler Mitglieder etwas gar zu dick aufgetragenen Titel „Aus der Niederlage die richtigen Konsequenzen ziehen“. Der Antrag

des „Linken Dialogs“, der sich u.a. zur Programmdiskussion und zur Diskussion um Regierungsbeteiligungen äußerte, unterlag nur knapp, trotz einiger in Einzelabstimmung, teilweise gegen den Willen der Initiatoren beschlossenen Änderungen.

Der neue PDS-Bundesgeschäftsführer, Uwe Hixsch, erläuterte in einer mit viel Beifall bedachten Rede den Diskussionsstand im Parteivorstand, machte Mut und rief alle „Flügel“ der PDS zur Zusammenarbeit auf – gerade im Westen, wo die PDS-Ergebnisse bei der Bundestagswahl kaum höher lagen als die früherer linker Partei-Projekte.

Wolfgang Freye

Das Neue Deutschland berichtet über die Gründung des sogenannten „Prenzlauer Kreises“ innerhalb der PDS:

„Die Lage der PDS nach dem Parteitag von Gera ist ernst“ – mit dieser Feststellung beginnt ein gestern verbreiteter Aufruf von PDS-Mitgliedern zu einer Konferenz am 9. November in Berlin, auf der sich eine Reformlinke in der PDS konstituieren soll. Nach Ansicht der Initiatoren ist es noch nicht ausgemacht, ob die PDS „in den kommenden Jahren einen wirksamen Einfluss auf die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland nehmen wird – oder im gesellschaftlichen Abseits landet“. Die „vereinfachten Antworten“, die der Geraer Parteitag auf die Niederlage bei der Bundestagswahl gegeben habe, seien nicht überzeugend, heißt es in dem Aufruf. Keine Seite habe in Gera hinreichend erklärt, wie die PDS wieder politikfähig werden könne. Die Autoren gehen davon aus, dass der linke Platz im politischen Spektrum nach wie vor frei für eine sozialistische Partei ist, „die Freiheit und Gerechtigkeit, Globalisierungskritik und Friedensengagement, Vision und praktische Schritte im Alltag miteinander verbindet“. Über letzteren Punkt – die Kompromissbereitschaft in der praktischen Politik und das Verhältnis zur SPD – war beim Parteitag in Gera ein unversöhnlicher Streit geführt worden, in dessen Folge sich ein Teil der bisherigen Parteiführung zurückzog.

Die Unterlegenen von Gera wollen jedoch nach eigenem Bekunden weder resignieren noch die Partei verlassen, sondern „innerhalb der PDS um neue Mehrheiten“ kämpfen und dazu beitragen, dass die Partei „wieder intellektuelle Ausstrahlung gewinnt“. An Scheingefechten „ideologischer Eiferer und Sittenwächter“ sei man nicht interessiert, wohl aber an der Auseinandersetzung „über den richtigen Weg sozialistischer Politik heute“. Deshalb wollen sich die Initiatoren aktiv in die Programmdebatte der PDS einmischen und sich „nicht damit begnügen, die Welt unseren alten Begriffen unterzuordnen“. Man wolle „nicht spalten, sondern alle integrieren, die in diese Richtung denken“. Dazu brauche man mehr Zusammenarbeit,

Kommunikation und Koordination. Um das zu erreichen, soll diskutiert werden, ob ein organisatorischer Zusammenschluss gebildet wird, „der uns statutarische Rechte und die Nutzung der Infrastruktur der Partei ermöglicht“.

Unter den Unterzeichnern aus den Landesverbänden Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein finden sich kaum prominente PDS-Politiker. Am namhaftesten sind die Europaabgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann, die Magdeburger Landtagsabgeordneten Birke Bull und Britta Ferchland, der Soziologe Dietmar Wittich sowie der nordrhein-westfälische PDS-Landessprecher Knut Vöcking. Bisherige Spitzenpolitiker, die ebenfalls dem so genannten Reformflügel zugeordnet werden, halten sich nach ND-Informationen vorerst bewusst zurück.

Drei prominente Austritte verzeichnet die PDS:

Andrea Gysi, bekannt auch mit ihrem Mädchennamen, Andrea Lederer. Sie war einige Jahre für die PDS im Deutschen Bundestag. Sowie Marlies und Dieter Klein. Sie war eine wichtige Referentin im MdB-Büro von Gregor Gysi, und er war Kulturminister in der DDR.

Gregor Gysi gab dem ND am letzten Wochenende ein langes Interview:

„Sicher, wir brauchen keine zweite sozialdemokratische Partei, da kann ich gerne mit applaudieren. Obwohl: Vielleicht fehlt sogar eine richtige Sozialdemokratie. Ich möchte meine Kraft auf jeden Fall nicht auf Bekenntnisse, sondern darauf konzentrieren, was mit unserer Politik besser für die Menschen erreichbar ist.“

Angesprochen auf eine andere Parteiprojekt mit Oskar Lafontaine antwortet Gysi:

„Ich halte nicht davon. Ich sehe derzeit keine gesellschaftliche Bewegung, die nach einer neuen Organisationsform sucht. Parteien kann man nicht künstlich schaffen. Im Übrigen hoffe ich noch, dass die PDS ihren Kurs wieder korrigiert.“

Der ehemalige Bundesgeschäftsführer Bartsch meldet sich in einem langen Papier zu Wort und führt eine scharfe Kritik gegen die PDS und Gabi Zimmer. Das ND meint: Derlei Kritik sind durchaus zutreffend – und treffen zugleich den Absender selbst. Zum Westen schreibt Bartsch:

„Wer jetzt ruft ‚Den Westen erhalten‘ und damit zuerst Personal und Finanzen meint, liegt völlig falsch. Es gab noch nie eine direkte Korrespondenz zwischen materiellem, finanziellem und personellem Einsatz und Wahlergebnissen. Der Westen litt nicht am zu geringen finanziellen Engagement der Gesamtpartei, sondern vor allem daran, dass wir die real existierende Gesellschaft in den alten Bundesländern nie wirklich akzeptiert, nie ihre Sprache gesprochen und uns nie um ihre Befindlichkeiten geschert haben.“

Statt dessen haben wir eine instinktive Abneigung kultiviert, verhaftet im alten Klassenfeind-Denken. Darüber hinaus wird in den westlichen Landesverbänden zu oft noch immer an der Gesellschaft und den realen Bedürfnissen vorbei Politik gemacht. In einer Art Polit-Biotop, häufig mit Sektencharakter, werden in den seltensten Fällen realistische politische Alternativen entwickelt, geschweige denn Kompetenz mit dem Ziel erworben, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Wer vor allem Nischenthemen besetzt, sie zum Schwerpunkt erklärt und glaubt, mit allen erdenklichen Anti-Positionen auch nur in den vagen Verdacht zu geraten, jemals etwas Konstruktives für die Menschen in diesem Land auf die Beine stellen zu können, bewegt sich im selbsterfundnen Paralleluniversum weit jenseits von öffentlicher Wahrnehmung oder gar öffentlichem Interesse. Wenn die Westlandesverbände nicht endlich ihren Politikstil von Grund auf ändern, wird die PDS noch so viel Geld vergeblich in diese Strukturen investieren und sich alle Jahre wieder behadern können, ohne erfolgreich zu sein. Zwölf Jahre PDS im Westen, zwölf Jahre Infrastruktur, von der andere Politsekte der gleichen Größenordnung nur träumen können, und trotzdem liegt die PDS dort vielerorts gleichauf mit den Bibel-treuen Christen. Wem dies nicht zu denken gibt, lehnt es offenbar ab, selbstkritisch zu denken. Und wer glaubt, daran sei mit Geld etwas zu ändern, dem oder der sollte man keine Verantwortung für das Geld dieser Partei übertragen.“

Der vollständige Text ist zu finden unter www.sozialisten.de

Erklärung zum Vorgang „Drohbrief“

Ekkehard Jänicke hat einen Drohbrief, von dem er angibt, ihn als anonymisierte E-Mail erhalten zu haben, an Parteimin-

stanzen, an die Presse, an (ehemalige) PDS-Abgeordnete und an ein Hamburger PDS-Mitglied weiterverbreitet. Der Kurdistan-Rundbrief, einer der Empfänger, hat diesen Text an die in dem Schreiben namentlich genannte Christiane Schneider zur Kenntnis weitergegeben. Auf der öffentlichen Sitzung des Landesarbeitsausschusses der PDS Hamburg am 27.10. haben Gesinnungs-genossen den von Jänicke verbreiteten Text verteilt und zum Gegenstand der Debatte gemacht. Während E. Jänicke offenkundig den Schritt zur Einleitung polizeilicher Ermittlungen des Absenders nicht getan hat, fordern seine Hamburger Freunde den Geschäftsführenden Arbeitsausschuss der PDS Hamburg auf, „die Identität der Absender der eMail zu ermitteln, um die Einstellung dieser Drohungen zu gewährleisten“.

Wir bezweifeln, dass der Text „kurdischen Jugendlichen“ zugeschrieben werden kann. Der Text enthält eine Reihe von Einzelheiten, die zusammengekommen nur einem eher sehr kleinen Kreis von vermutlich nicht mehr ganz so jugendlichen Personen in oder im Umfeld der PDS bekannt sein dürfte.

Es geht bei diesen Einzelheiten um Tatsachenbehauptungen: über Vorfälle am Rande des Geraer Parteitages, über lange zurückliegende Auseinandersetzungen in der PDS („bekannter Spalter im PDS-Internet“) und schließlich über persönliche Verhältnisse von Ekkehard Jänicke („... und dann kann deine hochmütige Schlampe auch nicht mehr bei Parteitag das Maul aufreißen“).

Der Urheber der anonymisierten E-Mail verhält sich grob parteischädigend, ja strafbar (das Schreiben mündet in der Drohung, man solle die „Wut der kurdischen Jugendlichen nicht zu weit“ treiben, da sie sich sonst das Recht nähmen, den Adressaten die „Fressen zu stopfen“).

Wir distanzieren uns nachdrücklich vom Inhalt dieses Schreibens.

Wir rufen mit gleicher Entschiedenheit dazu auf, die politische Auseinandersetzung kultiviert und mit Respekt vor der Menschenwürde Andersdenkender zu führen und Verleumdungen, Diffamierungen, Unterstellungen und Provokationen jeglicher Art zu unterlassen. Von der Mehrheit des Landesverbandes getragen, weisen wir den Versuch von Ekkehard Jänicke und seinen Gesinnungsfreunden in Hamburg zurück, der Mehrheit im Landesverbandes ganz oder zu Teilen einen Hang zu Drohungen und Gewaltbereitschaft zu unterstellen.

Als Sprecherin und Sprecher des Hamburger Landesverbandes sowie als Hamburger Parteiratsmitglieder wenden wir uns insbesondere an die kurdischen Mitglieder und Freunde der PDS in Hamburg.

In den bisherigen Auseinandersetzungen im Landesverband haben sich die Kurdinnen und Kurden als Element der Stabilisierung und der Mäßigung im Streit erwiesen. Gerade im Zusammenhang mit ihrem Eintritt ist eine praktische Aufgabe ins Zentrum der PDS-Politik geraten: die Gestaltung interkulturellen Zusammenlebens in dieser Stadt unter den Bedingungen eines Rechtsstaats, der die Ausgrenzung nichtdeutscher Bevölkerungsgruppen weiter verschärft.

Das von Ekkehard Jänicke verbreitete Schreiben zielt darauf ab, diese praktische Aufgabe zu torpedieren und die kurdischen GenossInnen zu provozieren. Wir sind uns gewiss, dass diese Provokation scheitert.

Hamburg, 28.10.02

Yavuz Fersoglu, Christiane Schneider, Landessprecher der PDS Hamburg; Leyla Kaya, Peter Pohlmann, Parteiratsmitglieder

Zusammenstellung: jöd

Vom Containment zur Pax Americana

Die nationale Sicherheitsstrategie der USA

Rechtzeitig vor dem Nato-Gipfel am 21. November in Prag hat die Informationsstelle Militarisierung (IMI e.V.) eine Analyse zur Sicherheitsstrategie der USA vorgelegt. Sie wurde verfasst vom IMI-Mitglied Jürgen Wagner und ist veröffentlicht in *Sozialismus*, Heft Nr. 11 (November 2002).

Es ist kein Geheimnis, dass eine Gruppe sogenannter Neokonservativer, angeführt von Vizepräsident Dick Cheney und dem stellvertretenden Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, die derzeitige US-Außenpolitik weitgehend im Alleingang kontrolliert.

Diese Hardliner aus dem Spektrum der äußersten republikanischen Rechten nutzten die Terroranschläge des 11. September erfolgreich, um ihre seit Jahren

zementierten Vorstellungen über die Rolle der US-Außenpolitik in Form der rasch entwickelten Bush-Doktrin zusammenzufassen und mit der am 20. September veröffentlichten „Nationalen Sicherheitsstrategie“ (NSS) [1] zur offiziellen Regierungspolitik zu erheben.

Der Grundgedanke der neokonservativen Grand Strategy

Seit Charles Krauthammer Anfang der 90er Jahre den „unipolaren Moment“ ausrief, der auf das Ende der Sowjetunion und den damit verbundenen Aufstieg der USA zur einzigen Supermacht folgte, steht die Forderung nach einer Verewigung der US-Hegemonie im Zentrum des neokonservativen Denkens. Diese neue Aufgabe der US-Außenpolitik wur-

de in ihren Grundzügen schon vor zehn Jahren in der unter anderem von Cheney und Wolfowitz verfassten Defense Planning Guidance festgelegt.

Im September 2000 unterstrich eine Studie, an der neben Wolfowitz auch Lewis Libby, Cheneys Stabschef, sowie der Bruder des US-Präsidenten, Jeb Bush, beteiligt waren, dass sich die gesamte US-Außenpolitik diesem Ziel unterzuordnen habe: „Derzeit sieht sich die USA keinem globalen Rivalen ausgesetzt. Die Grand Strategy der USA sollte darauf abzielen, diese vorteilhafte Position so weit wie möglich in die Zukunft zu bewahren und auszuweiten.“ [2]

Den neokonservativen Präferenzen entsprechend sieht auch die NSS die vorrangige Aufgabe von Washingtons

Außenpolitik im Erhalt der US-Führungsposition: „Der Präsident beabsichtigt nicht, es irgendeiner anderen ausländischen Macht zu erlauben, den gewaltigen Vorsprung, der sich den USA seit dem Kalten Krieg eröffnet hat, aufzuholen.“ [3]

Blaupause permanenter (militärischer) Dominanz

Der Vermeidung einer künftigen Auseinandersetzung mit einem potenziellen Rivalen – genannt werden insbesondere Russland und China – kommt aus US-Sicht entscheidende Bedeutung zu. „Wir sind wachsam gegenüber einer erneuten Großmachtkonkurrenz“, unterstreicht die NSS. Um dies zu verhindern, müsse das militärische Potenzial der Vereinigten Staaten „groß genug sein, um mögliche Gegner davon abzuhalten, in der Hoffnung, die Macht der USA zu übertreffen oder einzuholen, eine militärische Aufrüstung anzustreben“. (S. 30)

Dieser Ruf nach permanenter militärischer Dominanz ist ein zentraler Baustein der US-Hegemonialpolitik. „Amerika sollte versuchen, seine globale Führungsposition durch die Übermacht seines Militärs zu bewahren und auszuweiten“, verkündeten die Neokonservativen schon vor ihrem Einzug ins Weiße Haus. [4] Diese Argumentation folgt einer doppelten Logik: Militärische Vorherrschaft sei die notwendige Bedingung für eine rigorose Wahrung von US-Interessen. Nur dies ermögliche es wiederum, die eigene Machtposition auszubauen, diese wiederum in militärische Stärke umzumünzen und so die globale Führungsposition zu bewahren.

Gelingt dies nicht, ermutige man potenzielle Rivalen dazu, die USA herauszufordern, was unweigerlich zu einer verheerenden kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den Großmächten führen werde. [5]



Demonstration in San Francisco

Die Operationalisierung der US-Vorherrschaft

Schon unter Bill Clinton kam dem Erhalt der US-Führungsposition ebenso wie vielen in der NSS beschriebenen operativen Elementen der US-Hegemonialpolitik – Unilateralismus, Sendungsbewusstsein, Interventionismus – eine wichtige Rolle zu. Erstmals gelang es aber, diese verschiedenen Elemente in eine Doktrin zusammenzufassen. Manche betrachteten die NSS deshalb als „eine brillante Synthese“ und sehen in ihr den

Nachfolger der Containment-Politik, die jahrzehntelang als Washingtons Grand Strategy fungierte. [6]

In der Tat stellt sie das bisher aggressivste, aber auch kohärenteste Konzept für eine imperiale US-Politik nach dem Kalten Krieg dar. „Im schlimmsten Fall“, so John Ikenberry, Professor für Geopolitik an der Georgetown University, geht es hier um „eine neoimperiale Vision, in der die Vereinigten Staaten für sich eine globale Rolle reklamieren, Standards festzulegen, Gefahren zu definieren, Gewalt anzuwenden und Gerichtsbarkeit auszuüben.“ [7]

Die NSS ist somit nicht mehr und nicht weniger als die Anleitung für eine praktische Umsetzung der US-Hegemonie und der hierfür erforderlichen rigorosen Wahrung von US-Interessen.

Proliferation – die neue Gefahr

Von der US-Regierung wird betont, dass nach den Anschlägen des 11. September der Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln (Proliferation) nun das Hauptaugenmerk gelte. Dieser „Kampf gegen die Proliferation“ als handlungsleitendes Prinzip wurde von Bush bereits am 29. Januar 2002 in seiner Ansprache an die Nation verkündet und in die NSS (S. 6) übernommen: „Unsere unmittelbare Aufmerksamkeit wird sich auf die Terrororganisationen globaler Reichweite und [...] staatliche Unterstützer des Terrorismus richten, die versuchen, Massenvernichtungsmittel zu benutzen oder an deren Vorläufer zu gelangen.“

Neu ist hierbei die nahezu ausschließliche Konzentration auf militärische Mittel. Andere Möglichkeiten – insbesondere die Rüstungskontrolle – werden eindeutig als nachrangig erklärt. „Die USA wirft [mit der NSS] die Idee über Bord, dass multilaterale Regime und globale Abmachungen effektive Wege zu Abrüstung und Non-Proliferation sind.“ [8]

Das Ende der Abschreckung

Angeblich hätten die Anschläge des 11. September belegt, dass die traditionellen Ansätze, mit Massenvernichtungsmitteln, Terrororganisationen und Schurkenstaaten umzugehen – Abschreckung, Eindämmung und Rüstungskontrolle –, nach dem Kalten Krieg nicht mehr funktionierten. „Abschreckung, die allein auf einer Drohung mit Vergeltung basiert, funktioniert kaum gegen Führer von Schurkenstaaten, die eher bereit sind, Risiken einzugehen.“ (NSS, S. 15)

Zusätzlich habe sich die Gefahr seit dem 11. September drastisch erhöht, da, wie Cheney betont, „alte Sicherheitsdoktrinen nicht mehr gelten. Eindämmung ist nicht möglich, wenn Diktatoren Massenvernichtungsmittel erwerben und bereit sind, diese mit Terroristen zu teilen, die beabsichtigen, den Vereinigten Staaten katastrophale Verluste zuzufügen.“ [9] Der Besitz, ja sogar der bloße Versuch, an Massenvernichtungsmittel zu gelangen, stelle inzwischen, so die US-Regie-

rung, eine nicht mehr tolerierbare Gefahr dar, die zum militärischen Eingreifen berechtige. Allerdings liefert die US-Regierung keine plausiblen Belege hierfür. Im Gegenteil, alles deutet darauf hin, dass sich „Schurkenstaaten“ sowohl von einem Angriff auf die USA oder ihre Verbündeten als auch vor einer Weitergabe von Massenvernichtungsmitteln an Terroristen abschrecken lassen. Ebenso ist eine konsequente Rüstungskontrolle – die von der US-Regierung bekanntlich abgelehnt wird – in der Lage, den Zugriff auf gefährliche Waffen zu verhindern. Trotzdem übernimmt die NSS diese Bedrohungsanalyse.

„Vorbeugendes Handeln“ – Krieg auf Verdacht

Da es außerhalb militärischen Eingreifens keine Möglichkeiten gäbe, Diktatoren und Terroristen von Angriffen auf die USA abzuhalten, sieht sich die US-Regierung dazu befugt, in Zukunft vorbeugend zu handeln. Die NSS (S. 6) fordert deshalb, die „Gefahr zu beseitigen, bevor sie unsere Grenzen erreicht“, indem die USA „nicht zögern werden, wenn notwendig auch allein, durch präventives Handeln ihr Recht auf Selbstverteidigung auszuüben.“ Aufgrund der angeblich drohenden Gefahren nimmt die US-Regierung damit für sich das Recht in Anspruch, Angriffe ohne eine eindeutig nachweisbare oder unmittelbar bevorstehende Aggression – Kriege auf Verdacht – durchzuführen, was ein klarer Bruch des Völkerrechts darstellt.

Laut der bis heute gültigen Caroline-Klausel von 1837 sind Präventivhandlungen völkerrechtlich nur zulässig, wenn „die Notwendigkeit der Selbstverteidigung unmittelbar gegeben und überwältigend ist und weder eine Wahl der Mittel noch eine Möglichkeit von Verhandlungen bleibt. [...] Ein Krieg, der bereits das Aufkommen einer Gefahr im Keim ersticken will, bleibt verboten. [...] Der präventive Krieg ist de facto ein Angriffskrieg.“ [10]

Nukleare Planspiele

Zwar nicht explizit in der NSS erwähnt, aber doch nahe liegend ist das beängstigende Szenario, das sich aus einer Verbindung der Bush-Doktrin mit der Nuclear Posture Review (NPR) ergibt. Sie enthält die vom Pentagon erarbeiteten Grundlagen zur künftigen US-Nuklearpolitik. Denn laut NPR „könnten Nuklearwaffen gegen Ziele eingesetzt werden, die in der Lage sind, nicht-nuklearen Angriffen zu widerstehen“. [11] Da Produktions- und Lagerstätten von Massenvernichtungsmitteln mit konventionellen Waffen teilweise nicht zerstörbar sind, scheint man gewillt zu sein, diese mittels Atomwaffen präventiv zu vernichten.

Angeichts dieser Pläne zur nuklearen Proliferationsbekämpfung kann die Einschätzung der britischen Labour-Abgeordneten Alice Mahon geteilt werden: „Die Wahnsinnigen haben im Weißen

Haus die Kontrolle übernommen.“ [12]

Bedauerlicherweise hat dieser Wahnsinn aber Methode. Er dient der Vorbereitung weiterer Kriege zur Festigung der US-Vorherrschaft, denn „selbst eine globale Pax Americana wird sich nicht von selbst aufrechterhalten.“ [13]

Mit der NSS stellt sich die US-Regierung einen Blankoscheck aus, auf bloßen Verdacht und ohne schlagenden Beweis nahezu beliebig jedes Land angreifen zu können. Denn „eine Politik möglicher militärischer Prävention schlägt den letzten Nagel in den Sarg des Artikels 51 der UN-Charta, der Selbstverteidigung nur als Reaktion auf einen bewaffneten Angriff erlaubt.“ [14] Die derzeitige Irakpolitik Washingtons bestätigt diese Befürchtung.

Vom Containment zur Pax Americana

Damit haben sich die Vereinigten Staaten ein Legitimationskonstrukt zurechtgezimmert, das ihnen erlauben soll, überall dort, wo US-Interessen gefährdet sind, die Verhältnisse im eigenen Sinne zurechtzurücken. Herbert Kremp wies in der Welt darauf hin, dass Washington explizit auf eine Erweiterung seines Einflusses abzielt: „Die Bush-Doktrin wird sich in ihrer Entwicklung nicht auf die Beseitigung der terroristischen Untergrundmächte und ihrer Helfer beschränken. Ihre konsequente Verfolgung impliziert die Ausweitung in drei Richtungen: – Kontrolle der vorder- und zentralasiatischen Transferstaaten vom Kaukasus bis zum Hindukusch; – Verhinderung der islamistischen Machtergreifung in Saudi-Arabien; – Konzentration des Interesses auf den Iran, Indien und China, wo neue Macht-Agglomerationen entstehen.“ [15]

Thomas Donnelly, Mitglied des Project for the American Century, eines einflussreichen Sammelbeckens der Hardliner, beschreibt ebenfalls den richtungsweisenden Charakter der Bush-Doktrin: „Seit dem 11. September hat auch Präsident George W. Bush gelernt, dass es schwer ist, ein bescheidener Hegemon zu sein. [...] Die Bush-Doktrin ist deshalb ein Ausdruck der Entscheidung des Präsidenten, die Pax Americana im gesamten Mittleren Osten und darüber hinaus zu erhalten und auszuweiten.“ [16] Wie dies geschehen soll, verdeutlicht Kremp. Er bescheinigt der Bush-Doktrin: „Sie diktiert einen Verhaltenskodex am Rande der Unterwerfung.“ [17]

Showdown in Prag

Die USA scheinen gewillt zu sein, den Alliierten auf dem NATO-Gipfel am 21./22. November in Prag ein Ultimatum zu stellen. Wie es Präsident Bush bereits gegenüber der UNO vorexerziert hat, wird Washington die bedingungslose Übernahme der neuen US-Strategie – Präventivangriffe (unter Umständen auch atomarer Art) zur Verhinderung der Proliferation – fordern, eingeschlossen den sich hieraus angeblich legitimierenden Angriff auf

den Irak. Andernfalls drohen sie mit einem Bedeutungsverlust der NATO, indem künftig primär auf Ad-hoc-Allianzen zurückgegriffen wird. Bereits im Januar sprach US-Senator Richard Lugar diese Drohung in einer mit Bush abgesprochenen Rede vor der NATO aus: „Falls die NATO nicht dabei hilft, die drängendste Sicherheitsbedrohung für unsere Länder anzugehen [...], wird sie aufhören, die wichtigste Allianz zu sein, die sie immer war, und zunehmend marginalisiert werden.“ [18]

Dies entspricht der von Richard Haass, dem Leiter der politischen Planungsabteilung im US-Außenministerium, ausgegebenen Devise vom „Multilateralismus – la carte“. Internationale Verträge und Organisationen werden nur dann beachtet bzw. unterstützt, wenn diese sich eindeutig den Vorgaben Washingtons unterordnen.

Obwohl insbesondere von Frankreich und Deutschland die US-Politik noch kritisiert wird, deutet sich eine Übernahme oder zumindest Akzeptanz der Bush-Doktrin seitens der europäischen NATO-Staaten an. So gaben alle Regierungen an, den von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld eingebrachten und von NATO-Generalsekretär George Robertson aufgegriffenen Vorschlag zur Bildung einer 20.000 Soldaten starken Anti-Terror-Eingreiftruppe, die im NATO-Rahmen ebenfalls präventiv und „out of area“ handeln soll, zu begrüßen und ernsthaft prüfen zu wollen. [19]

Abgesang auf das Völkerrecht

Es ist dringend erforderlich, dass die europäischen Staaten dieser extrem aggressiven Variante US-amerikanischer Hegemonialpolitik in Prag eine klare Absage erteilen. Mit einer Übernahme der US-Doktrin würden die europäischen Staaten ebenfalls das Völkerrecht brechen und – insbesondere Deutschland – mit der Unterstützung von Angriffskriegen einen eindeutigen Verfassungsbruch begehen.

Konsequenterweise muss auch eine Übernahme der US-Nuklearstrategie im NATO-Rahmen abgelehnt und die nukleare Teilhabe, die auch Deutschland zum Mittäter präventiver Atomschläge machen würde, aufgekündigt werden.

Zudem hätte dies katastrophale Folgen für das Völkerrecht, das kein im klassischen Sinne bindendes Recht ist, sondern der Versuch, über gegenseitige Verpflichtungen, Verträge etc. ein Normen-, Regel- und Wertesystem zu schaffen, das dazu beiträgt, die Wahrscheinlichkeit von Kriegen zu reduzieren. Die Aufkündigung des seit 1648 geltenden staatlichen Souveränitätsrechtes durch die USA zeigt schon jetzt dramatische Folgen. So berief sich die russische Regierung mit ihren Angriffsdrohungen gegen Georgien explizit darauf, nur den US-amerikanischen Anti-Terror-Ansatz zu übernehmen. [20] Noch schlimmer könnte es kommen, wenn beispielsweise In-

dien sich die US-Argumentation zu eigen machen und Pakistan wegen seiner Unterstützung des Terrorismus angreifen würde.

Die US-Hegemonialstrategie ist deshalb nicht nur aus moralischen Gründen auf schärfste zu verurteilen, sondern auch wegen ihres eskalierenden Charakters für die internationalen Beziehungen. Denn ein entscheidendes Charakteristikum der NSS ist, dass „die neue Grand Strategy internationaler Stabilität wenig Bedeutung beimisst“. [21]

Jürgen Wagner ist Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung (www.imi-online.de). Von ihm erschien vor kurzem im VSA-Verlag das Buch „Das ewige Imperium. Die US-Außenpolitik als Krisenfaktor“

Anmerkungen: [1] The National Security Strategy of the United States of America, The White House, 17.9.02 [2] Rebuilding America's Defenses. A Report of The Project for the New American Century, September 2000, S. II [3] Interessanterweise wurde dieser Satz kurz vor der Veröffentlichung noch aus dem Dokument entfernt. Vgl. Press Briefing by Ari Fleischer, Office of the Press Secretary, 20.9.02 [4] Rebuilding America's defenses, S. IV [5] Für eine Analyse und Kritik der theoretischen Grundlagen der US-Hegemonialpolitik, deren Legitimationsstrategien und ihrer Umsetzung in die Praxis vgl. Wagner, Jürgen, Das ewige Imperium: Die US-Außenpolitik als Krisenfaktor, Hamburg 2002 [6] Diehl, Jackson, „Rice produces a brilliant synthesis“, International Herald Tribune (IHT), 1.10.02 [7] Ikenberry, John G., „America's Imperial Ambition“, in: Foreign Affairs, September/October 2002, S. 44-60, hier S. 44 [8] Schmitt, Gary, „A Case of Continuity“, in: The National Interest, No. 69 (Fall 2002) [9] Knowlton, Brian, „War talk by Cheney is tougher“, IHT, 27.2.02 [10] Leicht, Robert, „Ein Ultimatum an die Völkergemeinschaft“, Die Zeit, 30.02; Auch Henry Kissinger macht auf die Tragweite der neuen Doktrin aufmerksam: „Dieser neue Ansatz ist revolutionär. Die Ablösung einer fremden Regierung zum Gegenstand militärischer Drohungen und möglicher Interventionen zu machen, stellt das gesamte System des Westfälischen Friedens von 1648 infrage, dessen Grundlage die Nichteinmischung fremder Mächte in die internen Angelegenheiten souveräner Staaten ist. Ebenso steht die Bereitschaft der USA zu „gerechtfertigten Präventivschlägen“ im völligen Gegensatz zum modernen Völkerrecht. Der Einsatz von Waffengewalt ist ausschließlich zur Selbstverteidigung erlaubt – gegen eine tatsächliche, nicht eine potenzielle Bedrohung.“ Vgl. Kissinger, Henry, „Die USA brauchen eine Strategie für die Zeit nach Saddam“, Welt am Sonntag, 11.8.02 [11] Nuclear Posture Review Report [Excerpts], Submitted to Congress 31.12.01, S. 3 (12f. im Original) [12] Rupp, Rainer, „Wahnsinn mit Methode“, Junge Welt, 13.3.02 [13] America's defenses, S. 1 [14] Schmitt, „A Case of Continuity“ [15] Ronnefeldt, Clemens, „Angriffskrieg als Ordnungsprinzip oder: Hinter der US-Militärpolitik steht die US-Wirtschaftspolitik“, 1.8.02 [16] Donnelly, Thomas, „The Past as Prologue: An Imperial Manual“, in: Foreign Affairs, July/August 2002 [17] Ronnefeldt, „Angriffskrieg als Ordnungsprinzip“ [18] Lugar, Richard G., NATO's Role in the War on Terrorism, Brüssel, 18.1.02 [19] „At NATO meeting, U.S. and Britain press European allies on Iraq“, IHT, 25.9.02 [20] Baker, Peter, „Russia sees trade-off with Bush on Georgia“, IHT, 14-15.9.02 [21] Ikenberry, „America's Imperial Ambition“, S. 55

Expertendiskussion: Zu Ende geforscht?

Begleitend zur Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“ im Münchener Stadtmuseum diskutierten Vertreter von Medien und Forschungsinstituten aus München, Hamburg und Freiburg über Bilanzen und Perspektiven der Wehrmachtsforschung. Jedoch kamen linke Standpunkte kaum zum Tragen.

1999 ließ der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp Reentsma, die damalige Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ stoppen und die Exponate von einer Historikerkommission prüfen. Obwohl die Ausstellungsmacher vom Vorwurf, die Dokumente manipuliert zu haben, freigesprochen wurden, entstand eine heftige Diskussion über die damals gezeigten Fotos. Daher wählte Moderator Rainer Volk – Redakteur des Bayerischen Rundfunks – diesen Problempunkt als Einstieg in die Diskussion. Die Sprecherin des Ausstellungsteams, Ulrike Jureit vom Hamburger Institut für Sozialforschung, bestätigte, dass die Auswertung von Fotomaterial nicht unproblematisch sei. So gestaltete sich beispielsweise die Nachrecherche bei Bilddokumenten teilweise als außerordentlich schwierig. Aber, so die Historikerin, aus der Diskussion der letzten Jahre habe man eine Menge gelernt. Ins selbe Horn stieß der Freiburger Buchautor („Retter in Uniform“) und Militärhistoriker Wolfram Wette: „Ein Bild, das nicht beschriftet wurde, ist fast wertlos.“ Christian Hartmann, Mitarbeiter am Münchener Institut für Zeitgeschichte, warnte, Fotodokumente überzubewerten: „Es wurden aber auch viele schriftliche Quellen zu wenig genutzt.“

Dagegen beklagte Wolfram Wette den Skandal, dass bis auf den heutigen Tag die Verbrechen des Holocaust immer noch nicht mit denen der Wehrmacht in Ver-

bindung gesehen werden. Noch 1986, als er auf dieses Faktum eindringlich hingewiesen hatte, erntete er von allen Seiten nahezu Unverständnis. Erst 1990, so der Freiburger Professor, war der Zusammenhang unter Historikern deutlicher geworden. Schwebte doch auch noch 50 Jahre lang nach Kriegsende das Märchen von der „sauberen Wehrmacht“ in den Köpfen vieler Deutscher. Die Verzerrung deutscher Zeitgeschichte hatte schließlich in der Lüge gegipfelt, die Wehrmacht hätte keinen Anteil an der Planung und Durchführung eines Vernichtungskrieges gegen Juden, Kriegsgefangene und der Zivilbevölkerung gehabt. Eine Geschichtsfälschung, die von der historischen Forschung erfolgreich widerlegt werden konnte.

Wolfram Wette brachte auch noch weitere kritische und kontroverse Thesen in die Diskussion ein: So nahm er Bezug auf sein Buch „Retter in Uniform“ und insistierte: „Es muss doch auch noch anständige Leute gegeben haben.“ Trotz der drakonischen Strafen bei Judenhilfe in den besetzten Gebieten, so der Freiburger Buchautor, habe es Soldaten gegeben, die nicht mitgemacht hätten. Wette: „Deutsche waren selbst in Uniform fähig zu helfen.“ Sicherlich ist unbestritten, dass es Uniformierte gegeben hat, die tatsächlich bei diesem Wahnsinn nicht mitmachen wollten oder nicht mitgemacht haben. Die Frage ist jedoch, welche Möglichkeiten solchen Menschen blieben. Leider geriet die Diskussion in dieser Frage etwas zu kurz. Was auch der Moderation zuzurechnen war.

Allzu oft blieben die Redebeiträge an Details hängen, dass die Facetten des Krieges im Osten nicht herauskamen. Schließlich gab es einen Partisanenkrieg, der nur kurz zur Sprache kam, und das schreckliche Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener. Hier verebbte die Diskussion an dem Punkt, ob es einen Befehl dazu gegeben habe oder nicht. Uneins waren die Teilnehmer auf dem Podium über die Frage, was aus den sowjetischen Kommissaren geworden sei. Hier stellte Wolfram Wette klar: „Das Schicksal der Kommissare ist erforscht. Sie wurden erschossen.“

Das Hauptproblem für die historische Forschung sei, so der Historiker, dass es eben oft keinen direkten Befehl zu diesen menschenverachtenden Verbrechen gegeben habe. Stattdessen hatten Grundsatzreden für die Nazis damals denselben Zweck erfüllt.

Interessant: Sichtlich irritiert reagierten die Diskussions Teilnehmer auf die Frage aus dem Publikum, wer denn für die

rechte Propaganda der Gegner der Ausstellung im Stadtmuseum verantwortlich sei. Kopfschüttelnd schienen sie sich auf der Bühne zu beraten. Erst nach kurzer Pause wagte Christian Hartmann auf dem Podium einen Vorstoß: „Ja, ja. Ich denke, die Frage ist berechtigt.“ Eine präzisere Auskunft kam wieder von Wette, der darauf hinwies, dass in den rechten Medien die Wehrmacht einen großen Platz beanspruche: „Die feiern immer noch die Helden der Wehrmacht.“

Es blieb am Ende der Veranstaltung als Fazit im Raum, dass dieses Thema noch nicht „zu Ende geforscht“ sei. Es gebe noch, so die Teilnehmer, zu viele dunkle Punkte in der deutschen Vergangenheit. Aber ungeachtet dessen steht doch eines fest: Egal in welcher Uniform, Deutsche haben im Zweiten Weltkrieg gemordet!

(joe, MLB)

Lokal- und Regionalgeschichte

KZ und Zwangsarbeit in Leonberg

Joachim Baur/ Birgit Wörner (Hg.): **Konzentrationslager und Zwangsarbeit in Leonberg, Leonberg 2001 (Beiträge zur Stadtgeschichte, Bd. 8), 464 Seiten, 15,30 Euro.**

Zu beziehen über: *Stadt Leonberg*, 71226 Leonberg, ISBN 3-933636-06-x

Claude Brignon, Franzose, Häftlingsnummer 37981. Silvo Vlachy, Slowene, Häftlingsnummer 40310. Guiseppe Zorzin, Italiener, Häftlingsnummer 40180 – drei von über 3000 Häftlingen, die, ihrer eigenen Identität beraubt und zu einer anonymen Zahlenreihe degradiert, im Konzentrationslager Leonberg als Arbeitsklaven der Messerschmitt AG das nationalsozialistische Terrorsystem am eigenen Leib erfahren und erleiden mussten.

Mit der Absicht, die längst überfällige Geschichte des Leonberger Konzentrationslagers zu schreiben, mit dem Ziel, „den lange Zeit Unbekannten, die im KZ nur ‚Nummern‘ waren, Namen und Gesicht zu geben“ und einen Beitrag „zu einer lebendigen Erinnerungskultur vor Ort“ zu leisten, nahm im Oktober 1999 die Geschichtswerkstatt „KZ Leonberg“ unter Leitung der beiden Historiker Joachim Baur und Birgit Wörner ihre Arbeit auf. Ohne Zweifel: Von der Leonberger KZ-Gedenkstätten-Initiative angeregt und an der Volkshochschule Leonberg institutionell verankert, hat die in ihrer Altersstruktur und historischen Vorbildung heterogene Arbeitsgruppe mit beachtlichem Ergebnis die bisher nur in Umrissen bekannte Geschichte des KZ Leonberg aufgearbeitet und einen bemerkenswerten Aufsatzband zur südwestdeutschen Lokalgeschichte in der NS-Zeit vorgelegt.

Die Autorinnen und Autoren haben



Großer Andrang bei der ersten Ausstellung in München

über zwei Jahre mit Akribie eine Fülle neuer schriftlicher Quellen erschlossen und stützen sich bei ihren Ausführungen darüber hinaus besonders auf insgesamt 51 Zeitzeugeninterviews. Hinzu kamen elf schriftliche Berichte von früheren Insassen und Gestapo-Häftlingen. Nach einem einführenden Beitrag zur Geschichte von „Zwangsarbeit, KZ-System und Rüstungsproduktion“, der die Entstehungsgeschichte des KZ-Leonberg in die allgemeine Geschichte des NS-Systems einordnet (Joachim Baur) und einem Erfahrungsbericht über die Zeitzeugengespräche mit KZ-Überlebenden, der auch die Praxis und die Methode der „Oral History“ problembewusst reflektiert (Birgit Wörner), stehen drei Themenblöcke im Vordergrund. Ingrid Bauz, Volker Kucher, Monica Mather, Renate Stäbler und Eberhard Röhm leuchten den Mikrokosmos des KZ-Lagers aus, skizzieren seinen Aufbau und organisatorische Struktur und beschreiben ausführlich den „Häftlingsalltag hinter Stacheldraht“. Es schließen sich Aufsätze an, die sich von der eigentlichen Geschichte des KZ lösen und ihren Fokus auf weitere Stätten der Zwangsarbeit in Leonberg richten (Eberhard Röhm, Wolfgang Schiele), stand doch in den letzten Kriegsmonaten die gesamte Stadt „im Banne der Rüstung“. Schließlich fragen Monica Mather und Renate Stäbler nach den Handlungsspielräumen im NS-System, versuchen der Wahrnehmung des KZ und seiner Häftlinge in der Leonberger Bevölkerung nachzugehen und skizzieren den Lebensweg des ehemaligen Stadtbrandmeisters Walter Schnabel, „der in seiner Jugend den Nazis die Stirn bot“. Die trotz aller stilistischen Vielfalt durchgehend gut lesbaren Beiträge werden durch fünf Portraits ehemaliger Häftlingen und zwei Namenslisten, die alle bekannten Gefangenen und Toten des KZ erfassen, sinnvoll ergänzt.

Die drohende militärische Niederlage, handfeste Interessen des Messerschmitt-Konzerns, die Verlagerung der Rüstungsindustrie an Produktionsorte, die vor den Luftangriffen der Alliierten Schutz bieten sollten und die Verkehrsinfrastruktur sorgten dafür, dass die Kleinstadt Leonberg im letzten Kriegsjahr als Standort eines Konzentrationslagers überhaupt in das Blickfeld der NS-Machthaber und Rüstungsproduzenten rückte und sich in das „Netzwerk des Terrors“ (Wolfgang Sofsky) einfügte. Seit dem Frühjahr 1944

kam der konzentrierten Produktion von Jagdflugzeugen eine besondere Bedeutung zu. Namentlich vom „Strahljäger Me 262“, der von Messerschmitt produziert wurde, erhoffte sich die NS-Führung, den Kriegsverlauf doch noch günstig zu beeinflussen. Die beiden rund 300 Meter langen Autobahntunnel am Engelberg wurden kurzerhand zu einer Produktionsstätte umgebaut, in der die Tragflächen des „Strahljägers“ hergestellt wurden. Um die Zwangsarbeiter unterzubringen, gingen die NS-Behörden seit Ende März 1944 „zwischen Leonberg und Autobahn“ an den Aufbau des Konzentrationslagers, das als Außenlager des KZ Natzweiler-Struthof im Elsaß entstand.

Darüber, wer, wann und mit welcher beruflichen Ausbildung als Zwangsarbeiter nach Leonberg kam, entschieden die ökonomischen Produktionsbedürfnisse des Messerschmitt-Konzerns. So forderte das Unternehmen etwa in seinem Antrag auf „Gestellung von KZ Häftlingen für das Presswerk Leonberg“ vom SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt am 15. September 1944 u.a. 250 Schlosser, Monteure, Mechaniker und Werkzeugmacher, 25 Elektriker, 30 Dreher, Fräser und Hobler, 145 Spengler und 150 Hilfsarbeiter an. Die meisten Häftlingstransporte kamen aus dem KZ Dachau und seinen Außenlagern, in denen auch die „Selektionen“ für das KZ Leonberg von der SS durchgeführt wurden. Nur ein Bruchteil der Häftlinge waren Deutsche. Das Gros der Inhaftierten kam aus – so der Aufsatz Eberhard Röhm – aus „aller Mütter Länder“. Die Mehrheit der Häftlinge stellten Polen und Sowjetbürger, gefolgt von Italienern und Franzosen.

Im Konzentrationslager stand für die Häftlinge die „organisierte Unterernährung“, die „ständige Erniedrigung und Seelenmord“, der „willkürliche Terror der SS“, die „Kollektivstrafen und körperliche Misshandlungen“, Krankheiten, Seuchen, die Qualen des Hungers und die „Allgegenwart des Todes“ (Ingrid Bauz) auf der barbarischen Tagesordnung. Da die ehemaligen KZ-Häftlinge wiederholt selbst zu Wort kommen, gelingt es den Verfassern, sich dem zutiefst inhumanen Lageralltag zu nähern und das kaum nachvollziehbare Grauen dicht zu beschreiben.

Das System der Zwangsarbeit war in Leonberg indes nicht nur hinter dem Stacheldraht des Konzentrationslagers und im Engelbertunnel allgegenwärtig. Die zahlreichen Betriebsstandorte des Presswerkes Leonberg – die „Mechanik-Werkstätte“, die „Werks-Schreinerei“, oder auch der „Fuhrbetrieb mit Gespannen“ – wäre ohne den Einsatz von Arbeitsklaven genauso wenig betriebswirtschaftlich lebensfähig gewesen wie die lokalen Betriebsstandorte der „Organisation Todt“. Wie sehr das kleinstädtische Leben im Schatten der Kriegswirtschaft stand, verdeutlichen die nackten Zahlen im Januar 1945: zu den höchstens 8000 einhei-

mischen Personen kamen in Leonberg nahezu 6000(!) Ortsfremde hinzu (ca. 2800 KZ-Häftlinge, 1400 Zivil- und Zwangsarbeiter aus anderen Lagern und Privatunterkünften, 120 Soldaten der Wehrmacht und Angehörige der Waffen-SS, etc.). Die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft entwickelte sich zu einer öffentlichen Angelegenheit: „Nicht alle Häftlinge wurden [...] im Tunnel eingesetzt. Ein Teil arbeitete auch in sogenannten Außenkommandos, zum Beispiel auf Baustellen, beim Luftschutzbau oder in einer örtlichen Buchbinderei. Sie holen beim Metzger Fleisch ab, zogen anstelle von Pferden schwere Leiter- und Güllewagen durch den Ort oder waren beim Bauer im Einsatz. Auch als Waldarbeiter waren sie anzutreffen. Etliche wurden mit Verladearbeiten im Bahnhof beschäftigt [...]. Nicht zuletzt hat man sie auch gerne zu Aufräumarbeiten nach Fliegerangriffen, insbesondere auch zum Beseitigen von Blindgängern, eingesetzt“ (Monica Mather, Renate Stäbler). Die Leonberger begegneten den Zwangsarbeitern vereinzelt mit offenen Aversionen, vereinzelt mit Hilfsaktionen, flüchteten aber vor allem in das Schweigen – und das bis weit nach Kriegsende hinaus: Das „Beschweigen der Vergangenheit“ steht in der Kleinstadt auch heute noch häufig genug einem offenem Kommunikationsprozess über die nationalsozialistische Gewaltherrschaft im Wege.

Die Arbeitsgruppe schreibt die Geschichte des KZ Leonberg konsequent aus der Perspektive der Opfer. Den zahlreichen Tätern, den KZ-Kommandanten, dem Wachpersonal, den örtlichen NS-Größen und den Unternehmern in den Chefesseln, schenken die Verfasser nur am Rande Aufmerksamkeit. Überdies: Obwohl nahezu alle Beiträge bemüht sind, die an einem lokalen Fallbeispiel gewonnenen Erkenntnisse in die allgemeine Geschichte von Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft in Beziehung zu setzen, ließen sich nicht alle lokale Spezifika Leonbergs bestimmen. Gerade die Position Messerschmitts, das konkrete Wechselverhältnis zwischen den Ansprüchen des Industriekonzerns und städtischen Interessen, oder auch der Einfluss des Unternehmens auf die örtlichen Machtstrukturen, werden nur in groben Strichen angedeutet. Die offenen Fragen und weißen Flecken als eine konzeptionelle Schwäche des Sammelbands zu umschreiben, würde allerdings in die Irre führen. Zum Leidwesen der Herausgeber gibt es laut Auskunft der EADS (European Aeronautic Defence and Space Company) in München, wo die Messerschmitt-Akten liegen, keine Unterlagen zum Leonberger Tunnel. Der sehr spärlichen Quellenlage ist es ebenfalls zu schulden, dass detailliertere Sozialprofile der Täter und eine genauere Analyse ihrer Motivstrukturen wohl nicht mehr zu leisten sind.

Jörg Leszczynski,
Ruhruniversität Bochum



Verteilung russischer Zwangsarbeiter vor dem Alten Schloß in Stuttgart

7.-10. November, Florenz: Nein zu Sozialabbau, Rassismus und Krieg. Für ein Europa des Friedens, der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit und der Völkerverständigung. Eine andere Welt ist möglich. Ein anderes Europa auch! Eine neue Bewegung beunruhigt Regierende und Finanzmanager in Europa. Es ist die Protestbewegung gegen den Abbau sozialer, demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, gegen Krieg und Rassismus. Im März demonstrierten Hunderttausende in Barcelona „Gegen das Europa des Kapitals und des Krieges“. Im selben Monat demonstrierten Millionen Menschen in Rom gegen Berlusconi und für Gewerkschaftsrechte. In Frankreich gingen nach dem Wahlerfolg von Le Pens faschistischer Front National Millionen auf die Straße. Im Juni setzten sich die spanischen Gewerkschaften mit einem Generalstreik gegen den Abbau von sozialen Rechten zur Wehr. Mit der Demonstration in Berlin gegen die Kriegspolitik des US-Präsidenten im Mai und der Streikwelle im Sommer diesen Jahres nehmen die Proteste auch in Deutschland Form an. Diese europäische Protestbewegung ist Teil der weltweiten Bewegung gegen die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung und gegen die Unterwerfung der Welt unter die Profitlogik der Konzerne. Nach dem Weltsozialforum in Porto Alegre/Brasilien Anfang diesen Jahres schafft nun das Europäische Sozialforum der europaweiten Bewegung eine Plattform zur Diskussion und Artikulierung ihrer Forderungen. Nationale und kulturelle Vielfalt einerseits und ein gemeinsames politisches Ziel andererseits – nämlich

Wege aus Krieg und Gewalt

Bundesweiter und internationaler Friedensratschlag

7./8. Dezember 2002 in Kassel

*Soziale Gerechtigkeit – statt neoliberaler Globalisierung
Gleichberechtigte Kooperation – statt weltweitem Vordringstreben*

Gerechter Frieden – statt permanentem Krieg

Der diesjährige „Friedenspolitische Ratschlag“ fällt in eine Phase zugespitzter weltpolitischer Auseinandersetzungen. Seit Monaten bereiten die USA in aller Öffentlichkeit einen neuen Krieg gegen den Irak vor, einen Krieg, der nach Meinung vieler Experten verlustreicher, grausamer und folgenreicher sein würde als die voraus gegangenen Kriege gegen Jugoslawien (1999) und gegen Afghanistan (2001 bis heute). Es ist wohl nur mit der einzigartigen ökonomischen, politischen und militärischen Stellung der USA in der Welt zu erklären, dass die US-Regierung diesen Krieg gegen den Rat (fast) aller ihrer Verbündeten, gegen die Überzeugung (fast) aller Staaten der Welt und gegen den Willen der großen Mehrheit der Menschen in aller Welt zu führen entschlossen ist.

Die Vereinten Nationen und mit ihr die Menschheit scheinen an einem Wendepunkt ihrer Geschichte angekommen zu sein. Kofi Annan hat in seiner Rede zur Eröffnung der letzten Generalversammlung der VN auf die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts aufmerksam gemacht: Die Welt muss sich entsprechend dem Völkerrecht und der Charta der VN zu einem multilateralen System gleichberechtigter Staaten entwickeln. Damit wird jedem Unilateralismus, wie er von den USA zur Zeit gepflegt wird, eine Absage erteilt. Eine der wichtigsten Aufgaben für die Staatengemeinschaft muss demnach sein, das gegenwärtige Machtgefälle zwischen USA und UNO wieder zugunsten der UNO zu verschieben. Andernfalls droht ein Rückfall in Zeiten, wo nicht die Stärke des (Völker-)Rechts, sondern das Recht des Stärkeren gegolten hat. Wie bei den vorhergehenden "Ratschlägen" bietet das diesjährige Programm eine breite Palette friedenspolitisch interessanter und aktueller Themen. Bei Bedarf besteht die Möglichkeit, Ad-hoc-Arbeitsgruppen zu installieren.

Tagungsort: Universität Kassel,

Standort Wilhelmshöher Allee 73

Näheres: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/rat/2002/programm.html>

ein Europa des Friedens, der Ökologie und der sozialen Gerechtigkeit – bestimmen den Charakter des Europäischen Sozialforums. Hieraus entsteht eine neue Dynamik der europaweiten Protestbewegung. – Dieser Aufruf wird von einer Reihe Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen unterstützt, darunter der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Link zum Deutschen Sozial Forum (dsf): www.dsf-gsf.org

10.-11. November, Hannover: CDU-Bundesparteitag, Wahl des neuen Bundesvorstandes

13. November, Wolfsburg: EU-Erweiterung: Herausforderungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Veranstaltung des DGB, Bezirk Niedersachsen/ Bremen-Sachsen-Anhalt, Dreyerstr. 6, 30169 Hannover, Pressesprecherin Tina Kolbeck, Telefon 0511-12601-32, Telefax 0511-12601-80

16. November, Köln: 13. bundesweites Treffen des „Netzwerks für eine kämpferische und demokratische verdi“. Auf der Tagesordnung wird stehen: 1. Nach der Wahl, rot-grün setzt Kürzungspolitik fort – gemeinsam mit den Gewerkschaftsspitzen, was sind unsere Aufgaben? 2. Tarifrunde im Öffentlichen Dienst, eine harte Auseinandersetzung steht an, wie greifen wir ein? 3. Hartz-Pläne, Gesundheitsreform, Krieg: welche Kampagnen stehen an, wie können wir Widerstand aufbauen? Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstr.9a (Hinterhaus) Beginn: 10.30 Uhr, Ende: 17 Uhr.

21./22. Nov – Prag, Nato-Gipfel

23. November, Düsseldorf: Corporate War. Krieg, Konzerne und demokratische Bewegungen am Beispiel des Bayer-Konzerns. Die Coordination gegen BAYER-Gefahren lädt ein zur Tagung „Corporate War – Krieg, Konzerne und soziale Bewegungen“. In der ganztägigen Veranstaltung werden folgende Bereiche diskutiert: • Analyse des „Kriegs gegen den Terror“, seiner Ziele, Folgen und Perspektiven: Wie hat er die politische Szene geprägt und verändert? • Auswirkungen auf die demokratischen Bewegungen: Wie viel Spielraum bleibt? Wie sehr leiden Aktionsgruppen und Globalisierungskritiker unter der neuen Entwicklung? • Historischer Abriss über den Zusammenhang von Krieg und ökonomischen Interessen, speziell die Rolle transnationaler Konzerne. • Wie hat sich die gesetzliche und juristische Situation nach dem 11. September in Deutschland geändert? Anmeldung und Information: Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, e-mail: CBGnetwork@aol.com – www.CBGnetwork.org, Tel: 0211-26 11 210 Fax: 0211-26 11 220

12.-15. Dezember, Kopenhagen: EU-Gipfel, 14. Dezember: Großdemo beim EU-Gipfel

2. Februar 2003: Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen

7.-9. Februar 2003, München NATO-Wehrkundetagung

2. März 2003: Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein